

■ Jeder Tag ein Fest

Vor 50 Jahren Gründung eines „Fröhlichen Institutes“ in Leipzig. Über Solidarität und Toleranz und Herders Maximen **Seite 3**

■ Schauspielfreunde gegen Ranking

LN dokumentiert Protest **Seite 4**

■ Räderwerke im Kongo und in China

Ähnliche Probleme – mit sozialistischem bzw. kapitalistischem Vorzeichen – behandeln Jürgen Kunze und Zbigniew Wiktor **Seiten 7 und 9**

■ Beinah hätte auch Hessen enteignet

Sachsens Volksentscheid zur Enteignung von Nazi- und Kriegsverbrechern, wie ihn Hans Lauter als Volkes Wille erlebte und gestaltete. **Seite 12**

13

2006

Nur
ein
Euro!

14. Jahrgang
30. Juni

www.
leipzig-
neue.de

Da haben uns Merkel und die gesamte Politikerclique also Fußballpatriotismus verordnet. Das würde mir als eingefeilschter Ossi-Frau und als Fußballignorantin sonst wo vorbeigehen, hätte mir Gregor Gysi, mein Altersgenosse, nicht prophylaktisch eine aufs wöglichst vorlaute Mundwerk gehauen. Denn, so las ich in der „taz“, unsere Generation habe ein „gestörtes Verhältnis zur nationalen Frage“ und solle in der Patriotismusdebatte einfach mal den Mund halten. Er sehe, dass „im Verhältnis zur eigenen Nation zum ersten Mal etwas Normales, Unverkramptes, Souveränes“ entstehe. Sehr seherisch. Weshalb der Pressesprecher der linken Bundestagsfraktion auch relativierend nachschieben musste, dass Gysi bei dieser WM junge Leute wahrnehme, die sich anderen Nationen gegenüber weder überlegen noch unterlegen, sondern sehr gleichberechtigt fühlen. Doch dann dies: „Vor diesem Hintergrund bezeichnet Gregor Gysi in dem Interview das gestörte Verhältnis eines Teils der Linken zur Nation, die er aber nicht in seiner Partei beheimatet sieht, als Fehler.“ Nun, das dürfte für viele meiner Freunde und Bekannten ein glatter Rausschmiss aus der Linkspartei sein.

Links war, ist und bleibt es, mindestens kritisch nachzufragen, was wirklich los ist, wenn Deutsche in patriotischen Taumel fallen, oder besser: hineingestürzt werden. Schon frohlockt der Nordrhein-Westfale Jürgen W. Gansel, Mitglied der NPD-Fraktion des Sächsischen Landtags, in seinem Parteiblatt, Nationalbewusstsein könne nicht mehr unter moralische Quarantäne gestellt werden: „Eine neue historische Selbstwahrnehmung der Deutschen erlaubt es nun auch, die Verbrechen an den Deutschen – Bombenterror und Vertreibung, Massenvergewaltigungen und Massensterben in Kriegsgefangenschaft – zum Bestandteil einer neuen Erinnerungskultur zu machen.“

Genau diese unheimliche Verwandlung von Tätern in Opfer, die Neonazi Gansel bejubelt,

Rausch der Gefühle



Lesen die Fans auch die Sprüche auf diesem von ihnen eroberten Denkmal in der Grimmaischen Straße? Sie passen wie gemacht zu heißen Sportzeiten. Zum Beispiel sei dieser den Entdeckern eines neuen Patriotismus ins Stammbuch geschrieben: „Selbstverständlich darf man einem Prinzip ein Leben opfern – doch nur das eigene.“

Fotos: R. Fiebelkorn



ist das Problem. Ein anderes Mitglied des Sächsischen Landtags, sein jüngstes notabene, Julia Bonk von der Linkspartei, hat das kapiert und ihre Altersgefährten aufgerufen, frisch gekaufte Fähnchen bei der Jugendorganisation der Linkspartei für ein T-Shirt „Nazis raus aus den Köpfen“ einzutauschen. Kess fragt sie nach, warum sich Fußballspieler ihre Mannschaften nicht nach eigenen Kriterien aussuchen können, nach Hobbys oder nach dem Lieblingsessen beispielsweise. Bei all den ohnehin multinational zusammengesetzten Mannschaften gar nicht so irrwitzig, oder? Ihrem Fraktionschef Peter Porsch geht das ein wenig zu weit, Bonk spreche nicht für die Fraktion. Schade. Denn Fakt ist, hier geht es um eine substanzielle Frage für die Linke. Die Jungen Linken jedenfalls halten an ihrer Idee fest. Was wiederum den CDU-Landtagsabgeordneten Günther Schneider auf den Plan rief. Er forderte die Staatsanwaltschaft auf, ein Ermittlungsverfahren gegen Bonk einzuleiten, weil sie die deutsche Flagge verhöhne, indem sie sie mit der Hitler-Diktatur in Verbindung bringe.

Die sächsische Linkspartei-Vorsitzende Cornelia Ernst (Gysis Generation) konterte den Wichtigster als Trittbrettfahrer, der sich nur auf Kosten Bonks profilieren wolle.

Ihr Geschäft wollen schließlich alle machen bei diesem Milliarden-Event. An der Leipziger Thomaskirche lockt ein Transparent: „Lasset die Kicker zu mir kommen. Anstoß für den Glauben ...“ Mag Gregor Gysi solche Ungezwungenheit jetzt hier bei uns sehen. Ich erlebe etwas anderes auf der Straße. Im Überschwang der Sportbegeisterung verstehe ich die Oleole-Gesänge. Aber Deutschland-Gebölke? Ich sehe junge (und ältere) Menschen in der kurzzeitigen Ablenkungsfalle. Was ist daran souverän, was unverkrampt, was normal? Noch dazu schon bald der Kater kommt, ein gewaltiger. Oder neue Spiele. Dafür immer weniger Brot. Die alten Römer boten wenigstens noch beides.

• MAXI WARTELSTEINER

Siehe auch: www.leipzig-neue.de

Auf ein Wort bitte



MARTIN LESCH

... schreibt mit anderen Linken in dieser LN-Rubrik

Es war einmal ...

... ein „realpolitischer“ PDS-Landtagsabgeordneter in Dresden – finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion und bald auch Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Landtags. Dieser MdL dachte intensiv über das Problem der Staatsverschuldung nach und siehe da, er entwickelte die „Theorie“ des „schuldenfreien Sozialismus“. Bar jeder Rücksichtnahme, ob es um sinnvolle oder gar notwendige staatliche Investitionen oder um rein konsumtive Ausgaben geht, erklärte er jegliche neue staatliche Kreditaufnahme zum Tabu. Zahlreiche Medien waren des Lobes voll. Unser MdL genoss bei vielen BerufspolitikerInnen seiner Partei – die nur zu oft nach Anerkennung durch die Herrschenden dieses Landes dürsten – den aus seiner „Theorie“ entstehenden Ansehens- und innerparteilichen Machtzu-

wachs und wischte vereinzelte kritische Einwände um so selbstbewusster beiseite. Seine Lebensgefährtin, bis 2002 im Bundestag die wohnungspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, war im Dresdner Stadtrat Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses. Dresden hatte seit der Wende weit über 800 Mio. Euro an Schulden aufgetürmt. Darunter etliche 100 Mio Euro für teils mehr, teils weniger notwendige bzw. sinnvolle Investitionen, darunter aber auch viele für konsumtive Ausgaben. Nach dem Wahlabekel 2002 landete die Ex-MdB recht komfortabel als Prokuristin bei der Sachsen Treuhand GmbH. Dieses sich zu 100 Prozent im Besitz der Berlin-Brandenburgischen Treuhand GmbH befindende Unternehmen betreibt – wie seine Mutter – vorwiegend die Beratung, neudeutsch consulting, von Wohnungsunternehmen. In diesen Kreisen findet man nicht selten abgehaltene, aber auch im vollen Saft stehende PolitikerInnen. Branchenintern als „Türöffner“, von kritischeren Geistern als Lobbyisten bezeichnet. Ihr Job ist es, unter Verwendung ihrer Kontakte und Kenntnisse der Strukturen, vor allem größere Transaktionen einzufädeln. Als Stadträtin nahm sie sich 2004 vor, die Dresdner Schuldenberge konsequent abzutragen. Da Dresden schon beträchtliches kommunales Vermögen verkauft hatte, geriet die städtische Wohnungsgesellschaft WOBA GmbH ins Visier.

Bekanntlich gieren von Herrn Müntefering wahlkampfbedingt als „Heuschrecken“ titulierte Investitionsgesellschaften derzeit nach deutschen Wohnungsunternehmen. Die US-„Heuschrecke“ FORTRESS (Festung) bemühte sich um die Gesellschaftsanteile an der WOBA Dresden GmbH und wurde dabei von der Berlin-Brandenburgischen Treuhand GmbH consultativ gegen prächtiges Honorar unterstützt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt; schließlich ist dieses Unternehmen ja nur die Muttergesellschaft der Sachsen Treuhand GmbH. Und es ist wirklich nur ein Zufall, dass deren türöffnende Prokuristin die Vorsitzende des Dresdener Finanzausschusses und die Lebensgefährtin des Vaters des „schuldenfreien Sozialismus“ ist. Nach gelungenem Deal ist Dresden nun (kommunal-)wohnungsfrei. Ob es mehr als ein paar Monate schuldenfrei bleiben wird, kann bezweifelt werden. Unsere wackere Stadträtin und Treuhand-Prokuristin war im Mai zur beratenden Unterstützung im lieblichen Breisgau. Dort will der (grüne) Oberbürgermeister Freiburg wohnungsfrei und schuldenärmer machen. Fragt sich, wem die Dresdener Prokuristin und „linke“ Stadträtin dort die Türen öffnen wird. Relativ si-cher ist: Wenn sie und ihr Lebensgefährte weiter tüchtig sind, bricht in ganz Deutschland irgendwann der (schuldenfreie) Sozialismus, zumindest die Schuldenfreiheit aus. Oder?

Eine schwere Entscheidung

hatte der Stadtrat für die Musikschule „J. S. Bach“ zu treffen. Sollte das Gebäude Petersstraße 43 gekauft oder eine leerstehende Schule für die besonderen Ansprüche um- bzw. ausgebaut werden? Nach intensiver Abwägung entschied sich eine Mehrheit dafür, den Oberbürgermeister mit Verkaufsverhandlungen zum Erwerb des Gebäudes zu beauftragen. Der Kaufpreis wurde jedoch auf 4 Mio. Euro begrenzt. Damit setzen sich Argumente wie „beste Innenstadtlage“ und „klare Kosten“ gegenüber „Inkaufnahme von Gebäudeleerstand“ und „unklare Umbaukosten“ durch.

Neue Kita im Zentrum

Nach umfangreichen Debatten

Splitter aus der jüngsten Leipziger Stadtratssitzung

und einem Antrag der SPD-Fraktion zur Neuschaffung einer Kindertagesstätte im Leipziger Zentrum stimmte die Ratsversammlung zu. Vorgesehen sind 82 Kindergarten- und 18 Krippenplätze. Die Trägerschaft wird der Forum Thomanum e. V. übergeben, und wenn aus dem Kindergarten auch Thomaner und Musiker hervorgehen, ist dies ausdrücklich gewünscht.

Zukunft des St. Georg

Im Klinikum „St. Georg“ wird mit der Sanierung des Bettenhauses 2 begonnen.

Die Bereiche Krankenhaus, Rehabilitation und Gemeindenaher Psychiatrie werden in die Klinikum St. Georg GmbH eingegliedert, ebenso das als Tochtergesellschaft gegründete und vom Freistaat übernommene Fachkrankenhaus Hubertusburg in Wermisdorf.

Schauspielhaus-Grundstück

Wie beim Bildermuseum gibt es auch beim Schauspielhaus ungeklärte Grundstücksansprüche. Sie müssen nun mit den jüdischen Anspruchstellern ausgehandelt werden. Unklar ist, warum die Stadt Anfang der 90-er Jahre nicht den Antrag auf Grundstückszuordnung gestellt hatte, obwohl dies für Gebäude möglich war, in denen kommunale Aufgaben erfüllt werden.



Die Leipziger Industriestraße – welcher Hinweiser auf einst blühender Industrielandchaft – grüßt ihre WM-Gäste mit einem originellen Relief, das bei Besuchern bleibende Eindrücke hinterläßt. Foto: Liebig

Ich Täter, du Opfer ... oder was ?

Da trafen sich dieser Tage zwei Männer auf einem Friedhof. Der eine ist Bürgermeister an der Spree, der andere war Bürgermeister an der Pleiße und ist jetzt Minister. Vor 53 Jahren, am 17. Juni, war auf Straßen und Plätzen in diesen beiden Städten wirklich was los. Die Zwei konnten es damals noch nicht bewusst erleben. Sie legten sich aber im Juni 2006 kraft ihrer Wahlämter um so mehr ins Zeug, um den Mantel der Geschichte auf ihre Schultern zu hieven. Das klingt dann so: Tätern geht es hierzulande gut, sie genießen ihre Renten. Opfern geht es schlecht, sie nagen am Hungertuch. Da muss jetzt 2006 der Gesetzgeber endlich zubuttern. Oha! Passt ja auf die ganz junge BRD, siehe Globkes Gesetze und Schindlers Liste. Aber: Alle tot. Wichtig: Bitte nicht immer die s e alten Geschichten. Also bitte Zahlen, die versteht zwar auch keiner, aber die sind konkret und wurden in etwa so verbreitet. Variante 1: Der 17. Juni forderte 100 Todesopfer.

Variante 2: Der 17. Juni forderte 55 Tote. Man kann in diesem Fall überhaupt keine genauen Zahlen nennen, erklärte mir dieser Tage schließlich noch mein Fernsehgerät. Also dann doch in dieser Angelegenheit den Mantel des Schweigens umhängen? Natürlich nicht. Nur: Darf so ein wahrhaft widersprüchliches Ereignis wie dieser Tag für Gegenwärtiges missbraucht werden, das auf ganz andere Art und Weise widersprüchlich ist. Die beiden Friedhofsgänger kennen sich da nämlich aus, denn sie gestalten die s e neuen Widersprüche seit Jahren sehr bewusst und engagiert mit. Auch da gilt: Wer lange lebt und nicht nur so dahin, kann auf seinen Lebensbahnen Täter werden, Opfer werden, auch Täter und Opfer zugleich. Es ist eine Frage der Überzeugung, wenn man eine hat, und eine Frage der Nachgeborenen, wenn sie Geschichte (anders) bewerten sollten, und des eigenen Gewissens, wenn es in Aufruhr gerät. Übrigens: In welcher Gesellschaftsabteilung agieren eigentlich die beiden, die mit einer klicheehaften Ungerechtigkeits- und Neiddebatte jetzt und zukünftig Deutsche als Täter und Opfer aufeinanderhetzen möchten: Bei den Sozialdemokraten. Leider! • -CK.

Verfassung ändern! Courage zeigen!

LN. Maßgeblich von Leipzig aus bildete sich eine demokratische Initiative, die einen Gesetzesvorschlag der Linksfraktion im Sächsischen Landtag unterstützt. Denn deren Antrag, rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Aktivitäten sowie eine Wiederbelebung des braunen Ungeistes nicht zuzulassen und dies als weiteres Staatsziel in der Verfassung des Freistaates als antifaschistische Klausel zu verankern, war im Landtag mehrheitlich abgewiesen worden. Am 19. Juni 2006 stellte deshalb Edda Möller, Vorsitzendes des Vereins Leipzig.Courage zeigen e. V. den Volksantrag „COURAGE ZEIGEN. Für ein weltoffenes Sachsen“. Zu den 15 Unterzeichnern gehören Heinz-Joachim Aris, Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinde; Klaus Köste, Turnolympiasieger von 1972; Sieglinde Merbitz, 1. Bevollmächtigte der IG Metall Sachsen, Schauspieler Peter Sodann.

Vermutlich würde es Linken nicht schaden, wenn sie „mediale Großereignisse“ in wichtige politische Entwicklungen einordnen. Bleiben wir beim Sport. Bestreitet heute noch jemand, dass die Olympiade 1936 in Berlin für die Nazis eine gigantische und wirksame Show war? Wurde nicht 50 Jahre nach „Bern“, dem Sieg der BRD bei der Fußballweltmeisterschaft, landauf, landab gerühmt, dass damals die Deutschen ihr Selbstvertrauen wieder gefunden hätten? Wurden nicht hinter der Nebelwand der neuen „Identität“ Adenauers Politik der Spaltung und Wiederbewaffnung forciert, Kommunisten und Pazifisten verfolgt? Und heute? Wer verbirgt sich hinter der „Deutschland Party“ (Der Spiegel 25/2005, Titelseite) der schwarzrotgoldenen Patrioten? Wir lesen dort: „Deutschland, ein Sommermärchen. Wie in einem anderen Land: Hunderttausende in den Stadien, Millionen vor den Fernsehern und auf den Straßen feiern Fußball und sich selbst – mit mediterranem Frohsinn und unverklemmten, weltoffenen Patriotismus. Ob sich die Stimmung hält, wenn das Fest vorüber ist?“ Nicht immer war der Spiegel so patriotisch. Und die Frage, „ob sich die Stimmung hält“, klingt nach Sorge.

Fußball und Politik

„Zu Gast bei Freunden“ heißt der Slogan. Freunde „verteidigen“ Deutschland am Hindukusch, Freunde intervenieren im Kongo? Warum und für wen? Freunde forcieren den Sozialabbau, expandieren nach Polen und die Slowakei wegen äußerst billiger Arbeitskräfte? Einige sagen offen, es gehe darum, „wie sich ein vereintes Deutschland der Welt präsentiert, das im Ausland aufgrund seiner Vergangenheit bisweilen noch recht skeptisch betrachtet wird.“ (Der Spiegel, 25/2006) Nur aufgrund der Vergangenheit? Zur Fußballweltmeisterschaft präsentieren die Macher ein Bild von Deutschland als innovatives, weltoffenes und begeisterungsfähiges Land. Einige der Slogans lauten: Ideenreich, engagiert, FC Deutschland GmbH, Standortstärke, Zukunftsfähigkeit, Leistungs- und Innovationskraft. Sport oder Politik? Sport und Politik! Aber welche? Solche und ähnliche Überlegungen brauchen niemanden abzuhalten, sich an spannenden Fußballspielen zu begeistern, unabhängig davon, wer gewinnt. „Wir sind Deutschland“ erfuhren wir schon, als Kardinal Ratzinger Papst wurde. • HORST SCHNEIDER, DRESDEN

„Ein fröhliches Institut“



Eingang Herder-Institut 1959. Gruppenbild mit Studenten aus Indien, Frankreich, Belgien und Libanon. Links Seminargruppenssekretär Sarkis Latchinian. In der Mitte die Dozentinnen Frau Bormann und Frau Kübler

Foto: Privat

Wer im nördlichen Stadtgebiet von Leipzig, den Zoo im geographischen Sinn mal links liegen lässt, entdeckt in der Lumumbastraße ein bemerkenswertes Gebäude. Die Architekten entschieden sich für eine eigenwillige Z-Form. Durch sie wirkt der Ziegelbau einerseits zwar ungewöhnlich lang, aber andererseits nach allen Seiten offen. Was durchaus auch gesellschaftlich interpretierbar ist, denn es handelt sich hier um den ersten größeren Leipziger Universitätsneubau nach 1945. Er entstand für die 1949 gegründete und zunächst unzulänglich in einer alten Oberschule untergebrachte Arbeiter- und Bauern-Fakultät. Wer mehr über die ABF erfahren möchte, lese bitte Hermann Kants Roman „Die Aula“. In Leipzig waren 1951 an der ABF auch die ersten Ausländer immatrikuliert worden, deren Zahl bis 1956 auf 299 anstieg. Ein neues größeres Institut für diese Studenten aus aller Welt war nötig. Denn Leipzig hatte von allen Universitäten der DDR den größten Zulauf aus afro-asiatischen und lateinamerikanischen Ländern. So fand dieses dringend notwendige Institut zum Erlernen der deutschen Sprache und Kultur vor 50 Jahren seine Heimstatt in der ABF in Gohlis und wurde später nach dem Philosophen und Dichter Johann Gottfried Herder benannt.

Jeder Tag ein Fest

Wenn Mimik und Gestik etwas über innere Befindlichkeiten aussagen, dann müssen die Monate im Herder-Institut für Sarkis Latchinian ein Fest der Lebenserkenntnis und -freude gewesen sein. Ich frage ihn heute nach dieser zurückliegenden Zeit. Der Professor und langjährige Dozent für Politische Ökonomie des Kapitalismus kam 1959 als 29-Jähriger nach Leipzig und beherrschte mehrere Sprachen fließend. Er verstand allerdings kaum ein Wort Deutsch. „Die Lehrer vom Herder-Institut hatten so eine wunderbare Art und Weise lebensnah zu unterrichten“, erinnert er sich.

Wie muss man sich das vorstellen?

Etwa so: „Die allseits beliebten Fremdsprachenkationen wie *Post* oder *Fabrik* wurden nicht trocken in Lehrbüchern durchgepaukt, sondern in einem richtigen Postamt besprochen. Lernen durch Leben. Sprechen durch Fragen. Sarkis Latchinian verlor rasch seine anfänglichen Hemmungen, Deutsch zu sprechen; auch bei Tages-Exkursionen in die Mitteldeutsche Kammgarnspinnerei, ins

Leipziger Theater, nach Weimar und Buchenwald. „Wir mussten wirklich intensiv lernen, aber jeder Tag war ein Fest. Man lernte, ohne es direkt zu merken“

Wir kamen zu spät

Deutsche sind pünktlich, dachte auch seine damalige Seminargruppe. Sie hatte sich zum Einkaufstreff vor dem Warenhaus am Brühl mit ihrer Lehrerin verabredet. Sachen für Alltägliches sollten erfragt und bei Bedarf

Am 20. Juni 2006 wäre das „Institut für Ausländerstudium“ an der Karl-Marx-Universität, das 1961 nach Herder benannt wurde, 50 Jahre alt geworden ...

auch gekauft werden. Die elf jungen Männer um Sarkis Latchinian waren pünktlich und warteten eine Stunde. Die Dozentin kam nicht. Sie hatte allerdings eine Stunde zuvor, auch vergeblich, auf ihre Studenten gewartet. Das Missverständnis klärte sich auf. Es war das verflixte Problem mit der Uhrzeit. „Halbzehn“ im Alltagsdeutsch bedeutete für



Konzentration im Seminarraum während eines Vortrags in deutscher Sprache.

Foto: privat S.L.

die Weithergereisten 30 Minuten nach zehn. Und wenn eine Unterrichtsstunde mal sehr überdehnt wurde, dann hieß es durchaus in Richtung Tafel: Es ist Hochzeit! Fragender Blick zurück ... langes Nachdenken bei den Studenten. Pardon! Wir meinen, es ist vielleicht hohe Zeit, die Vorlesung zu beenden.

Sprache ist menschlich

Prometheus wurde zur Symbolgestalt des aufbegehrenden, schöpferischen Menschen. Dieser Stoff ist immer wieder in der Literatur aufgegriffen worden. Johann Gottfried Herder nannte sein Drama: *Der entfesselte Prometheus*. 1770 wurde von der Berliner

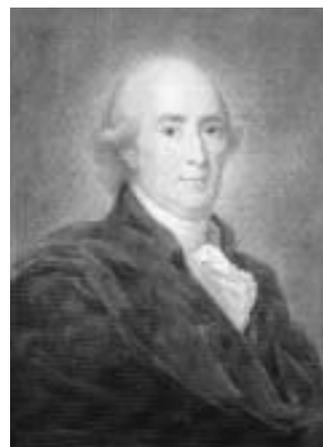
... über Studenten und Uhrzeiten.
... über Solidarität und Toleranz.
... über Sprichwörter und Unsicherheiten.
... über Internationalität und Herders Maximen.

Akademie seine „Abhandlung über den Ursprung der Sprache“ preisgekrönt. Herder legte in ihr dar, dass der Ursprung der Sprache im Menschen selbst liege und nichts Mystisches habe. Wer weiß heute schon noch, dass dieser Dichter des Sturm und Drang auch den Gedanken von der „fröhlichen Wissenschaft“ formulierte. Daneben stehen seine philosophischen Abhandlungen zur Geschichte der Menschheit, gepaart mit Streben nach gesellschaftlicher Humanität und Harmonie. Folgerichtig führten viele Institute in Europa seinen Namen. 1921 wurde beispielsweise ein Herder-Institut für Sprachforschung in Riga eingerichtet. In Leipzig erfolgte die Namensgebung vier Jahrzehnte später. 1961 wurde das fünf Jahre zuvor gegründete „Institut für Ausländerstudium“ an der Karl-Marx-Universität nach Herder benannt. Im Jahre 1968 wurde hier der erste Lehrstuhl für Deutsch als Fremdsprache im gesamten deutschsprachigen Raum ins Leben gerufen. Die Absolventen begannen später ihre wissenschaftlichen Laufbahnen rund um den Erdball. Trotzdem kam 1993 auch für diese weltbekannte Bildungsstätte das „Vereinigungsaus.“ Aus dem früheren Institut gründeten sich zwei neue Einrichtungen: das Studienkolleg Sachsen und inter DaF e.V. am Herder-Institut der Universität Leipzig.

Das Mikrophon um die Ecke

Gefragte Gesprächspartner waren die Kommilitonen aus aller Herren Länder auch beim damaligen Sender Leipzig in der Springerstraße. Ihre Einschätzungen und Stimmungsbilder aus der fernen Heimat bezeugten am Mikrophon gelebte und erfahrene Solidarität in einem völkerverbindenden Sinn, der uns heute mitunter abhanden kommt. Das bitte auch überdeutlich ins Stammbuch all derjenigen geschrieben, die derzeit immer lauter ihre Nichtkenntnisse postulieren, dass die Ostdeutschen ja früher so „ausländerentwöhnt“ lebten. Lächelnd erinnert sich noch heute Prof. Latchinian zwar nicht an einen Rundfunkauftritt, aber an eine erste Vorlesung vor Studenten. Als er Jahre nach Verlassen des Herder-Instituts im Hörsaal der Universität seine ehemaligen Dozentinnen Frau Kübler und Frau Bormann aus der Lumumbastraße in der ersten Reihe sieht, da ist er doch noch einmal ziemlich aufgeregt. Der Grund: Es soll ihm ja kein grammatischer Fehler passieren. Denn die deutsche Grammatik hat ihn manchmal tüchtig gequält.

• MICHAEL ZOCK



Johann Gottfried von Herder, Porträt von Franz Kegelgen

Eine Ansicht des Seminargebäudes. Verschwunden ist die Büste Patrice Lumumbas. Wer kann über ihren Verbleib Auskunft geben?

FOTO: GERHARD MÄRKER





Droht der Ausverkauf unserer Städte?

- Eine anregende und aufregende Diskussion gab es zu dieser Frage im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig.
- Eingeladen hatte der Mieterverein Leipzig e.V., unterstützt u. a. vom Stadtverband Leipzig „Die LINKE.PDS“ / ver.di / attac sowie der Anti-PRivatisierungs-Initiative Leipzig APRIL.

Dresden ist schuldenfrei – wie lange, wird sich zeigen – aber auch wohnungslos, denn solcherart Immobilienverkäufe sind juristisch nicht rückholbar. Mit dieser Anmerkung brachte es der Direktor des Deutschen Mieterbundes e.V. Dr. Franz-Georg Rips anfangs auf den Punkt. Und er bemerkte in seinem einstündigen, faktenreichen Vortrag sehr kritisch, dass dort ein Kapital veräußert wurde, das eine Bürgerschaft in vielen Jahrzehnten selbst aufgebaut hat. So etwas darf man sich nicht gefallen lassen. Die Aufregung und kontroversen Debatten um den Fall der Dresdner WOBA haben nach seiner Auffassung jetzt in Deutschland eine breite Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert. Wohnungen sind kein Tafelsilber, sondern Essbesteck. So sahen es zumindest verunsicherte Mieter, die sich mehrfach zu Wort meldeten und davon sprachen, dass der Leipziger Oberbürgermeister nicht ihre Zustimmung für eventuell ähnliche Praktiken wie in Dresden habe. Dr. Rips verwies auf Alternativen, die nach seiner Auffassung in der Neugründung

von Genossenschaften und in der Ausweitung von Geschäftsfeldern der kommunalen Wohnungsunternehmen bestehen können.

Wohnungen bleiben ein sensibles Wirtschaftsgut, das man nicht wie Kühlschränke auf einem Markt verhöckern darf.

Die Strategie der ausländischen Interessenten besteht nach Dr. Rips Ansicht darin, durch eine rasche Zerlegung des erworbenen Wohnungsbestandes, durch Mietsteigerungen mittels unnötiger Modernisierungen, die nur von eigenen Firmen durchgeführt werden, Gewinne zu erwirtschaften. Rigider Personalabbau in den Wohnungsunternehmen inbegriffen. Er verwies auf Fallbeispiele aus Kiel, die deutschlandweit von Interesse sind. Dort schotteten sich die Neukäufer brutal gegen einkommensschwache Haushalte ab. Besuche von so genannten Wohnungsinspektoren häuften sich. Und plötzlich tauchten an den Briefkästen Rote Karten bei vermeintlichen Mietschuldnern auf. Wie hältst Du es mit dem Wohnungsbestand deiner Stadt? Diese Frage muss

man jedem Bürgermeister und Abgeordneten stellen. Weil sich Mieter oftmals allein gelassen fühlen, gründete sich neben dem Mieterverein mit APRIL eine Anti-PRivatisierungs-Initiative in Leipzig. Ihr gehören auch der Stadtverband Leipzig DIE LINKE.PDS und der Aktionskreis soziale Gerechtigkeit WASG an. Dieses engagierte soziale Netzwerk antwortete zu folgender Frage:

Warum braucht eine Stadt kommunale Wohnungen?

Um als Stadt ihrer sozialen und politischen Verantwortung gerecht zu werden, braucht Leipzig ausreichend bezahlbare Wohnungen. Dafür ist es notwendig, dass die Stadt den Zugriff auf kommunale Wohnungsbestände und somit ihre Einflussmöglichkeiten auf den Wohnungsmarkt nicht verliert. Ein Verkauf hätte hohe Kosten zur Folge: durch den Ankauf von Belegungsrechten, die Unterbringung von Wohnungslosen sowie höhere Mietübernahmen und steigende Wohngeldausgaben. Zudem wirkten die Mieten der kommunalen Wohnungen bisher

preisdämpfend auf das gesamte Mietniveau. Allein in Leipzig gibt es derzeit 48 000 Bedarfsgemeinschaften und der Anteil von Haushalten, die ihre Wohnung nicht mehr selbst finanzieren können, nimmt zu. Um diese Haushalte zu versorgen und gemischte Belegungsstrukturen zu erhalten, verbieten sich auch Teilverkäufe. Ohne ein kommunales Unternehmen verfügt die Stadt in der Regel über kein Instrument, um die Erneuerung und Entwicklung von Wohnquartieren voranzubringen. Dazu gehört barrierefreies, behindertengerechtes und generationsübergreifendes Wohnen. Und es muss letztlich bezahlbar bleiben.

Es geht also um die Erhaltung auch des sozialen Friedens. Wie schnell der aus dem Ruder laufen kann, beweisen Beispiele aus Frankreich und den USA. „Bitte lassen Sie sich nicht irritieren,“ betonte Dr. Franz-Georg Rips. „Die Käufer suchen sich diejenigen, die verkaufen wollen, aus. Also müssen die Verkäufer kritisiert werden.“ Übrigens: Münchens OBM verkauft aus oben genannten Gründen keine Wohnungen. **• J. M.**

Schauspielfreunde kritisieren Kultur-Ranking

LN. Die Leipziger Kultur-Rangliste erregt weiterhin die Gemüter. Ein siebenköpfiger Beirat hat sich mit der Kulturentwicklungsplanung befasst und ein Tabelle erstellt, aus der die Gewichtung der Leipziger Kulturinstitutionen hervorgeht. In dieser Rangliste steht das Schauspiel Leipzig auf Platz 11. Der Freundeskreis Schauspiel Leipzig e.V. hat sich deshalb mit einem Brief an den Kulturbeauftragten Dr. Georg Girardet gewandt.

Dieser Brief liegt LEIPZIGS NEUE vor und wird (leicht gekürzt) dokumentiert. Die Redaktion dankt Prof. Dr. Peter Welzel, Vorsitzender des Freundeskreises Schauspiel Leipzig e. V., für die Möglichkeit der Veröffentlichung und hofft gleichzeitig auf eine rege Diskussion unter unseren Lesern.

Sie wissen, dass der Freundeskreis

Lieber Herr Dr. Girardet,

Schauspiel Leipzig in den vergangenen Monaten VertreterInnen der Leipziger Ratsfraktionen zum Informationsaustausch eingeladen hat. In den letzten beiden Veranstaltungen dieser Reihe wurde die „Rangfolge der Kultureinrichtungen in Leipzig“ thematisiert, und wir als Freundeskreis wurden ermutigt, uns in die Diskussion einzumischen. Das tun wir hier.

Leipzig ist im Verlaufe seiner Geschichte von seinen Bürgern und von der Außenwelt mit unterschiedlichen Schwerpunkten wahrgenommen worden, als Messe- und Handelsstadt, als Buchstadt, als Universitätsstadt, als Stadt des friedlichen Wandels ... Leipzig nun vorrangig als Musikstadt zu definieren, wird weder der Vergangenheit noch der Gegenwart der Stadt gerecht.

Leipzig ist in hohem Maße auch eine Stadt des Wortes, wenn man an die Buchmesse und die Fülle der damit verbundenen Leseveranstaltungen, an die Universität, die Deutsche Bucherei, die wunderbare Bibliotheca Albertina, das Haus des Buches, das Deutsche Literaturinstitut, an die in Leipzig immer noch lebendige große Vergangenheit als Buch- und Verlagsstadt denkt und nicht zuletzt daran, dass Leipzig eine der traditionsreichsten deutschen Theaterstädte ist.

Wir empfehlen deshalb, Leipzig nicht als Musikstadt sondern als Kultur-Stadt oder als Kunst-Stadt zu definieren. Die Ranking-Tabelle würde dann deutlich anders aussehen. Auch bei der Punktezuordnung zu den einzelnen Kriterien der Ranking-Liste sehen wir erhebliche Fehleinschätzungen. Wir beschränken uns hier auf Einschätzungen im Zusammenhang mit dem Schauspiel Leipzig:

Punkt „Medienresonanz national“: Hier kommt das Schauspiel viel zu schlecht weg. Die Premieren werden regelmäßig in der überregionalen Presse (Theater

heute, Theater der Zeit, SZ, FAZ, Die Welt, Berliner Zeitung, Mitteldeutsche Zeitung etc.) und auch im Rundfunk (MDR, Deutschlandfunk, Deutschlandradio Kultur etc) besprochen. Hier gehört beim Schauspiel nach unserer Einschätzung die höchste Punktzahl (4) hin.

Traditionspflege / -Sicherung (Identitätsbeitrag): Auch hier ist das Schauspiel nach unserer Meinung völlig unterbewertet. Wo, wenn nicht im Schauspiel, wird an große mit Leipzig verbundene Persönlichkeiten wie Caroline Neuber, Johann Christoph Gottsched, Gotthold Ephraim Lessing, Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich Schiller regelmäßig erinnert und die Erinnerung vor allem auch lebendig gehalten (in jüngster Zeit Aufführungen des Faust, von Miss Sara Sampson, Kabale und Liebe, Maria Stuart, Don Karlos, demnächst des Wallenstein).

Punkt „Bildungswirkung“: Hier wird überhaupt nicht berücksichtigt, dass das Schauspiel in der Stadt einer der wichtigsten Orte des gesellschaftlichen und sozialen Diskurses und auch der Auseinandersetzung mit persönlichen Fragen und Problemen ist, und dass dies auf einem sehr hohen Niveau stattfindet (denken Sie nur an die vielen hochkarätigen Aufführungen in der gerade zu Ende gehenden Spielzeit). Dies leisten nur sehr wenige der in Ihrer Tabelle aufgelisteten Institutionen. Nach unserer Einschätzung

muss der ganze Komplex „Bildungswirkung“ überarbeitet werden.

Kooperation mit Schulen und Hochschulen: Das Schauspiel Leipzig arbeitet mit mehreren Fakultäten der Universität, der Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“ zusammen, und es gibt ein weitverzweigtes Kontaktnetz zu Leipziger Schulen (Schüleraufführungen, Theaterpädagogik, Theaterjugendclub, Betreuung von Theaterarbeitsgemeinschaften an Schulen). Soweit wir sehen, geht das deutlich über das hinaus, was viele der anderen Institutionen leisten.

Auch die Netzwerke ist unseres Erachtens zu gering eingestuft im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Oper, der Schaubühne Lindenfels, der Euroscene, den Leipziger Hochschulen etc.

Wir erkennen an, dass ein solches Ranking nützlich ist, weil es zu Diskussionen anregt und wahrscheinlich auch bei politischen Entscheidungen hilfreich sein kann, nur sollten die Kriterien so gewählt werden, dass sie die Gegebenheiten in Leipzig fair und nachvollziehbar abbilden.

**Wir grüßen Sie herzlich.
Ihr
Prof. Dr. Peter Welzel**

Vorsitzender des Freundeskreises Schauspiel Leipzig e. V.

Die Bundesrepublik war gerade ein halbes Jahr alt, als der mit einer Stimme Mehrheit – seiner eigenen – zum Kanzler gewählte Konrad Adenauer, einer nord-amerikanischen Provinzzeitung ein Interview gab. Darin trat Adenauer unverblümt für eine „autorisierte deutsche Streitmacht“ unter „europäischem Kommando“ ein. Auf eine entsprechende Anfrage der KPD-Bundestagsfraktion leugnete Adenauer dieses Interview, doch das, was er wollte, hatte er erreicht. Das Thema Remilitarisierung war in der Öffentlichkeit, die auch bald erleben sollte, wie aus den Reden Fakten wurden. Den Korea-Krieg als Vorwand nehmend, dass der „kommunistische Osten“ die westliche „Freiheit“ bedrohe, wurde die Bildung einer Europa-Armee mit bundesdeutscher Beteiligung in Angriff genommen. Zur bundesdeutschen Kommandozentrale wurde die im Oktober 1950 gebildete und Adenauer direkt unterstellte „Dienststelle Blank“, in der einstige Hitler-Generäle, unter dem Befehl des berichtigten Generals Heusinger, die Pläne für die neue Armee ausarbeiteten. Der Widerstand in der Bevölkerung – vor allem in der Jugend – gegen diese Pläne war sehr stark. „Ohne mich“ wurde, verbunden mit vielen öffentlichen Protesten, zu der weitverbreiteten Losungen zwischen Flensburg und Konstanz. Die Antwort der Adenauer-Regierung ließ nicht lange auf sich warten. Als am 28. Januar

50 Jahre KPD-Verbot (II)

Das Unrecht begann mit einem Adenauer-Erlass

Nachbetrachtung zu einer Anhörung im Bundestag*

1951 in Essen 1700 Delegierte aus allen Teilen Westdeutschlands eine Volksbefragung forderten („Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951?“), wurden alle damit verbundenen Aktivitäten am 24. April durch einen Kabinettsbeschluss verboten. Von nun an folgte für Kundgebungen, Demonstrationen und Unterschriftensammlungen Verbot auf Verbot. Wer dennoch den Mut hatte, aktiv für die Befragung einzutreten, wurde kriminalisiert. Die staatliche Verfolgung aller jener, die sich der Restauration der alten kapitalisti-



Der weit verbreitete Protest gegen die von Adenauer eingeleitete Remilitarisierung der BRD fand vor allem in den großen Städten auch seinen Ausdruck in vielen Losungen an Fabrikwänden und Ruinen. Foto: Archiv des Verfassers

schen Verhältnisse und der Wiederaufrüstung in der BRD widersetzten, hatte bereits am 19. September 1950 mit einer Ausnahmeverordnung der Bundesregierung („Adenauer-Erlass“) begonnen, welche die Mitglieder von elf namentlich

genannten Organisationen mit Berufsverbot für den öffentlichen Dienst belegte: Kommunistische Partei Deutschlands mit allen ihren Unterorganisationen, Sozialdemokratische Aktion, Freie Deutsche Jugend, Vereinigung der Sowjetfreunde, Gesellschaft zum Studium der Sowjetunion, Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Gesamtdeutscher Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft, Komitee der Kämpfer für den Frieden, Komitee der jungen Friedenskämpfer, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und „Nationale Front“.

Mit dieser Verordnung leitete die Adenauer-Regierung eine Serie von Gesetzen, Gesetzesänderungen und Erlassen ein, die das zwei Jahre zuvor verabschiedete Grundgesetz zunehmend aushöhlten und die wachsende Verfolgung von Kommunisten, aber auch anderer Sozialisten und Demokraten, legalisieren sollten. Hunderte Beamte und Angestellte des Bundes, der Länder und der Kommunen, die einer der genannten Organisationen angehörten oder auch nur Sympathien für ihre Ziele und Meinungen offenbarten, wurden so zu den ersten Opfer des kalten Krieges in der BRD, die bis heute keine Genugtuung erhalten haben.

• EDMUND SCHULZ

* Öffentliche Anhörung der Bundestagsfraktion DIE LINKE am 1. Juni 2006: 50 Jahre KPD-Verbot.

Entsetzt zeigt eine vielleicht dreijährige Göhre auf die kärglich umstandene Ring- und Judoka-Matte. „Da schlagen sich zwei!“, ruft sie, während ein Sprecher des Polizeisportvereins Leipzig e.V. forsch die eben demonstrierte Kampfsportart Dojo Fudoshin erläutert (oder ist es gerade Quan Ki Do?), mal unbewaffnet, mal mit kurzem Schlagstock, mal mit Messer vorgeführt, fernöstlicher Nahkampf jedenfalls, wie man ihn eigentlich nur noch in finsternen Krimis sehen oder in einschlägigem Untergrund erleben kann – etwa Zigaretten- oder Heroin-Mafia unter sich oder gegen bürgerlich-demokratische Polizisten.

„Das ist doch bloß Sport, die spielen doch bloß“, tröstet die Omi das Mädchen. Etwas allein gelassen und offensichtlich nicht so ganz überzeugt stochert die Kleine zögernd in ihrem Plasteteller voller Makkaroni. Ein Kinderspiel also, das die sächsische Bereitschaftspolizei im Objekt der 2. Bereitschaftspolizeiabteilung (2. BPA), Leipzig Essener Straße, Ecke Dübener Landstraße, am 19. Mai zum Tag der Offenen Tür vor etwa 1000 Besuchern innerhalb von knapp sechs Stunden vorführte. Anlass war das vor 15 Jahren, am 16. Juni 1991 von Bund und Freistaat Sachsen unterzeichnete Verwaltungsabkommen zur Gründung der sächsischen Bereitschaftspolizei als „anerkannter Partner innerhalb der sächsischen Polizei und über die Landesgrenzen Sachsens hinaus“. Immerhin unterstützte der Bund bis dato Bildung und moderne Ausstattung der Mannschaft aus Steuergeldern mit rund 25,5 Millionen Euro, und der Freistaat machte weitere acht Millionen locker. Sachsens Bepo lud nun die wohl-

Ach, du liebe Oma!

Als Gast bei der 2. Bereitschaftspolizeiabteilung (2. BPA), Leipzig, Essener Straße



So erleben wir sie in Leipzig öfter als beim Lebenretten

gesonnene Öffentlichkeit ein, wie das wohl jeder Jubilar tut, der meint, in aller Bescheidenheit auf Erfolge verweisen zu können. Immerhin – so ein Schweineteurer Wasserwerfer (der außer Knüppeln und Messern für den Nahkampf zur Ausrüstung gehört) spült auf einer Distanz von 50 bis 100 Metern mit einem Druck bis zu 20 Bar (entspricht etwa dem 20fachen des erdbodennahen Luftdrucks) schnell einige renitente Leute weg. Falls sie sich nicht, wie am jüngsten 1. Mai zwischen Ostplatz und Bayrischem Bahnhof, schon vorher auflösten. Was nicht verwundern konnte angesichts dichter, tief gestaffelter, zum Angriff bereiter Polizeikohorten, ausgerüstet mit Schildern, wie sie die Homerschen Kriegshelden trugen, mit Schlagstöcken und anderem Gerät. Außerdem, eine Blockade gegen den braunen Worch-Mob

ist ja nur ein versuchtes Spielchen pubertärer Chaoten, denen Vater Staat schon mal mit hinreichendem Ernst zeigen muss, wo der Spaß aufzuhören hat, und die Demonstrationsfreiheit beginnt – für die Nazis ... Daher nimmt es nicht Wunder, wenn die Festschrift der Polizeigewerkschaft den jederzeitigen Einsatz der Ordnungshüter für die Wahrung von Recht, Freiheit, sozialen Frieden und Demokratie würdigt, z. B. den selbstlosen Einsatz von 962 Kräften der Bepo Sachsen vom Februar/März 1997, die den Castor-Transport gegen fanatische Atomkraftgegner sicherten, also gegen Chaoten, die sich sogar an Eisenbahngleise ketteten. Wenn sie mittels Großinsatz vom 20. Januar bis 1. März 1998 in Dresden die Wehrmachtsausstellung vor ähnlichen Chaoten schützte – wie natürlich auch die Expo 2000

in Hannover, die von Chaoten in ihrem linken Wahn vor gespenstischen sozialen Folgen der Neoliberalisierung der Weltwirtschaft bedroht war.

Na gut. Sie stehen ja auch gegen Naturgewalten wie 'ne Eins, die in der Regel jungen, eigentlich hübschen und sehr sportlichen jungen Frauen und die drahtigen jungen Männer der Bereitschaftspolizei. 1997 wiesen sie die Oder mittels Sandsäcken in die Schranken. Nicht unerwähnt bleiben sollen auch die drei Angehörigen der Leipziger Bepo, die am 31. Dezember 1998 zwei Leute aus ihrer brennenden Wohnung retteten. Sie hatten unsachgemäß mit Silvesterfeuerwerkskörpern hantiert. Allerdings – für solche Leben oder Hab und Gut rettenden Einsätze ist die aus Steuermitteln finanzierte Polizei schließlich da. Aber dabei bleibt es eben nicht. Und so ist das Leben bei der Bepo gewiss abenteuerlich. Wenn auch manchmal nichts passiert, außer Frühspor, Unterricht und taktischer Übung. Fürwahr, es ist stressig, bei unmöglichen Tagestemperaturen stundenlang unter Gesichtsschutz, stein- und vielleicht auch kugelsicherer Weste und schwerer Ausrüstung schwitzen zu müssen, wegen so ein paar unbeherrschter Demonstranten, die „froh ihre Bierflaschen in Ruhe austrinken, bevor sie damit werfen“. Da kommt schon Frust hoch und der Knüppel sitzt locker. Aber irgendwie muss er auch Spaß machen, dieser Stress. Am 17. Juni 1991, man bedenke das Datum, wurden 223 Polizeianwärter und -anwärterinnen für die sächsische Bepo vereidigt, d. h.

aufs Grundgesetz der BRD verdonnert und verbeamtet. Da gibt's dann, selbst wenn einem schwummrig vor manchen Einsatz wird, rein moralisch vielleicht, so einfach kein Ausbüxen mehr. Schon im September 1992 begann der 1000. Anwärter seine Ausbildung, mittlerweile haben über 5400 junge Leute bei der sächsischen Bepo den Polizeiberuf erlernt.

Da es nun bei der Fußball-WM in Leipzig doch zu keinem größeren Ärger kam, hatten die 68 im Stadion und weitere andernorts installierten Kameras der Sicherheitskräfte wenig auch für die Zukunft Bedeutsames zu beüben und zwecks Speicherung zu liefern. Und die Polizei muss die Erprobung längst ausgearbeiteter Konzepte für einen Ernstfall, etwa während des G8-Gipfels im kommenden Jahr, auf ein anderes Mal verschieben. Vielleicht auf den nächsten 1. Mai. Da werden die neuerdings eigens zur Eskalation eingesetzten Kommunikatoren in Zivil dann sicher schon mehr Erfahrungen haben. An diesem 1. Mai in Leipzig waren sie noch ziemlich ratlos und scheuten den Disput.

Wolfgang Gröger, der als Polizeipfarrer am Tag der Offenen Tür den Info-Stand der Polizei-seelsorge betreute, meinte dazu: „Unser Motto ist: Wer miteinander redet, der schießt und schlägt nicht aufeinander.“ Glaubt der Gottesmann.

Na da, liebe Omi, hoffentlich haben Sie ihrem Enkelchen ein beruhigendes Schlafliedchen vorgesungen, damit es keine Alpträume bekommt, von prügelnden und schreienden Menschen etwa, von Knüppeln, die zum Schlagen und Messern, die zum Stechen da sind und dergleichen ...

• EKKEHARD FRITZ



Nicht viel Licht am Ende des Tunnels

Dass der Leipziger City-Tunnel zu Recht von Anfang an in Verdacht stand, ein Prestige-Objekt zu sein und an seiner Wirtschaftlichkeit gezweifelt wurde, scheint sich jetzt weitgehend zu bestätigen.

11,2 Millionen Trassenkilometer jährlich durch den Tunnel – als Minimum – sind geplant. Jetzt aber kommt zu Tage, dass nur mit etwa fünf Millionen gerechnet werden kann. Angeblich deshalb, weil es Sachsen verschlafen hat, mit den Nachbarländern Sachsen-Anhalt und Thüringen Vereinbarungen über die Streckenführung durch den Tunnel für S-Bahn-Züge nach Bitterfeld, Dessau, Wittenberg, Altenburg, Zwickau und Plauen zu treffen. Die gegenwärtigen Verträge gelten für den Norden bis 2015, für den Süden bis 2011 bzw. 2012. Zwar wird noch zwischen den Verkehrsministerien der beteiligten Länder verhandelt, aber aus dem geplanten Fünf-Minuten-Takt innerhalb Leipzigs wird wohl nichts werden.

Damit scheitert nicht nur das vorgesehene große Vergabeverfahren, sondern es stellen sich auch Finanzierungsfragen. Möglicherweise muss Sachsen die Bundesfördermittel in Höhe von 165 Millionen Euro zurückzahlen.

Seltsam, dass man die Panne erst Jahre nach dem Start bemerkt haben will. Und offenbar waren die Nachbarländer nie recht interessiert. • L.

Verwaltungsreform muss mehr Bürgernähe bringen

Inkonsequenzen bei der Umbildung der Regierungspräsidien

LN. Der Lenkungsausschuss zur Kreis- und Verwaltungsreform in Sachsen, bestehend aus Regierungs- und Kommunalvertretern beschloss Anfang voriger Woche – vor einer Entscheidung des Kabinetts – Eckpunkte einer Kreis- und Verwaltungsreform. Danach wird die Anzahl der bisher 22 Landkreise und 7 Stadtkreise auf etwa die Hälfte reduziert, und an die Stelle der drei territorialen Regierungspräsidien sollen zwei sachgebietsbezogene Landesverwaltungen treten, mit Sitz in Dresden und Chemnitz. Das Regierungspräsidium Leipzig bleibt ohne Ersatz. Der Freistaat will 3500 Personalstellen (ursprünglich 5000) reduzieren, wovon die meisten den Landkreisen und Kommunen übertragen werden.

Daneben gibt es eine Reihe regionaler und lokaler Intentionen, so den Vorschlag eines Re-

gionalkonvents, einen Landkreis Leipzig zu bilden, der die bisherigen Kreise Delitzsch, Leipziger Land, Muldentalkreis, Torgau-Oschatz und Döbeln umfassen soll.

Zu dem besonders im Regierungsbezirk Leipzig andauernden Streit der Landräte über die zukünftige Kreiskarte des Freistaates äußerte MdL Dr. Michael Friedrich (Linke): „Es taugt wirklich nur fürs Boulevard, wenn sich Landrätin Köppling vom Leipziger Land eher in Herrn Gey vom Muldentalkreis als Verbündeten für ihre Traumrolle als Fürstin eines künftigen Großkreises verguckt hat, als in Herrn Czupalla aus Delitzsch, mit dem sie nicht nur beim Müllstreit über Kreuz liegt...“

Die Diskussion über die Neugliederung der Kreise, die zukünftigen Kreissitze und -Oberhäupter habe eine ungesunde Eigendynamik bekommen und

es bestehe die Gefahr, dass die Funktionalreform als zentrales Anliegen völlig aus den Augen verloren wird. Für die Linksfraktion.PDS bleibt es zentrales Reformziel, im Interesse der Bürger und der Wirtschaft alle gängigen Verwaltungsleistungen aus einer Hand anzubieten. Wichtig ist, dass kompetente und freundliche Ansprechpartner in der zumutbaren Entfernung von maximal 20 km bei maximal einer Stunde Fahrzeit mit dem ÖPNV die Bürgeranliegen zügig bearbeiten. Ein dichtes Netz von Bürgerämtern würde diese neue Verwaltungskultur gewährleisten.

Die Bildung von Landesdirektionen anstelle der Regierungspräsidien charakterisiert der Sprecher der Linksfraktion.PDS als Hinterzimmerkompromiss von CDU und SPD voller Inkonsequenzen und Ungereimtheiten.

Ehegatten-Splitting abschaffen

LN. Zur Forderung von CDU-Bundestagsabgeordneten und der SPD-Politikerin Dr. Gisela Schwarz nach Abschaffung des Ehegattensplittings erklärte der familienpolitische Sprecher der Linksfraktion.PDS, Falk Neubert:

„Eine Uralt-Forderung der PDS, die vor Jahren noch als angeblicher Anschlag auf das Grundgesetz rüde zurückgewiesen wurde, wird nunmehr unter dem Druck der Realitäten aus den Reihen der CDU/SPD-Koalition erhoben.“ Der SPD-Familienpolitikerin sei zuzustimmen, dass die kinderlose Einverdiener-Ehe mit dem Ehegattensplitting unverdient bevorzugt werde. Sie und ihre Reformfreunde von der CDU hätten demnächst Gelegenheit einen soeben in den Landtag eingebrachten Antrag der Linksfraktion.PDS zuzustimmen: Der Landtag möge die Staatsregierung ersuchen, sich gegenüber dem Bund für eine entsprechende Neugestaltung der Unterstützungsleistungen zur Kinder-, Ehe- und/oder Familienförderung einsetzen.

„Reichensteuer“

LN. Die „Reichensteuer“, die 2007 eingeführt werden soll, bringt in Sachsen Steuermehreinnahmen von nur 570 000 Euro – weniger als ein Dreißigstel Promille des Volumens des jährlichen Landeshaushalts. Das teilte die sächsische Regierung dem Landtagsabgeordneten Dietmar Pellmann (Linksfraktion. PDS) auf dessen Anfrage hin mit. Er nannte den Beitrag eine für die Finanzierung des Sozialstaates zu vernachlässigende Größe. Damit bestätigte sich der Verdacht, dass die Reichensteuer nur ein Feigenblatt zur Tarnung unsocialer Regierungspolitik ist.

Föderalismusreform

LN. Nachdem sich die Ministerpräsidenten der Länder über das Reformpaket zum Föderalismus geeinigt hatten, lehnte der Landtag den Dringlichen Antrag der Linksfraktion.PDS ab, der die sächsische Regierung aufforderte, dem Gesetz zur Föderalismusreform auf der Bundsratsitzung am 7. Juli die Zustimmung zu versagen. Dr. Michael Friedrich (Linke) bedauerte, dass der Landtag angesichts einschneidender Änderungen von 25 Grundgesetz-Artikeln mit gravierenden Auswirkungen auf die Länder kein Votum zum Abstimmverhalten der Staatsregierung abgegeben hat.

Schwarz-Rot-Gold unangreifbar

LN. Zu den Äußerungen der linken Abgeordneten Julia Bonk über die deutsche Nationalfahne im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft stellte Linksfraktion-Vorsitzender Prof. Peter Porsch fest, sie spreche damit nicht für die Fraktion. Man könne und müsse die übertriebene Kommerzialisierung des Fußballs kritisieren, die Fahnen aber stehen für die nichtkommerzielle Komponente der Weltmeisterschaft.

Wer Schwarz-Rot-Gold angreife, müsse wissen, dass diese Farben von Anfang an Verfassungsstaat und Emanzipation

von Willkürherrschaft von Dynastien symbolisierten, weshalb die Nazis diese Farben nie verwendeten. „Wir sollten sie ihnen auch heute nicht in die Hände spielen“, so Porsch. „Man kann auch nicht glaubwürdig gegen Fremdenfeindlichkeit auftreten und zugleich die Symbole der eigenen Kultur hassen.“ Dieser umgekehrte Nationalismus erreiche das Gegenteil von dem, was er als Ziel vorgibt.

Gerade für die durch global agierendes Kapital benachteiligten kleinen Nationen sei die WM eine gute Gelegenheit, auf sich aufmerksam zu machen.

14. Juni

Leipzig. Ein neuer Fall von Unregelmäßigkeiten in der Sparkasse Leipzig wird publik: Ein befreundeter Unternehmer von Sparkassenchef Krakow hat Sonderkonditionen für Kredite bei Immobilienkäufen erhalten, indem er keinen Eigenkapitalanteil beisteuern musste und die Zinsen 1,5 Prozentpunkte niedriger waren als üblich.

Schwarzenberg. Sachsen will nach Mitteilung von Minister Jurk in diesem Jahr zusätzlich 3,4 Millionen Euro in die Sanierung ehemaliger Wismut-Tagebaue investieren, um damit Hochwasserschäden aus dem Jahre 2002 zu beseitigen.

15. Juni

Kamenz. Das Landesamt für Statistik registriert für Mai gegenüber Februar den höchsten Preisanstieg für Bauleistungen seit 2004. Am stärksten fällt er bei Klempner- und Fliesenarbeiten aus.

16. Juni

Berlin. Im Bundesrat stimmen Ministerpräsident Milbradt und sein Stellvertreter Jurk der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent zu.

Dresden. Ein 10-Punkte-Programm der

SACHSEN-CHRONIK

13. bis 26. Juni

CDU Sachsen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage von Mittelstand und Handwerk enthält als wichtige Aspekte die Absenkung der Lohnnebenkosten auf unter 40 Prozent und die konsequente Ablehnung eines Mindestlohnes.

17. Juni

Dresden. Für eine neue Brücke für den Autoverkehr über die Elbe nordwestlich von Dresden zwischen Coswig und Cossebaude wird der Grundstein gelegt. Sie soll Ende 2008 fertiggestellt sein.

17./18. Juni

Zwickau. Mehr als 20 000 Menschen besuchen das 13. Internationals Trabantfahrer-Treffen.

19. Juni

Dresden/Leipzig. Es wird bekannt, dass das Amtsgericht Leipzig gegen den ehemaligen Chef der Landesversicherungsanstalt Sachsen, Manfred Kees, in der

vergangenen Woche eine Geldstrafe von 6000 Euro wegen Anstiftung zur Untreue verhängt hat.

20. Juni

Dresden. Die Initiative „Courage zeigen“ beginnt mit der Unterschriftensammlung für einen Volksantrag, der das Eintreten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit als Staatsziel in der sächsischen Verfassung verankern will.

21. Juni

Dresden. Der Landtag stimmt mit Ausnahme der NPD-Fraktion der Novelle des Staatsvertrags mit den jüdischen Gemeinden zu, wonach aufgrund der stark angestiegenen Mitgliederzahl die Zuschüsse für die jüdischen Gemeinden um ein Drittel auf 725 000 Euro jährlich erhöht werden.

22. Juni

Leipzig. Der Stellenabbau des Allianz-

konzerns betrifft auch Leipzig, 281 der knapp 1200 Arbeitsplätze werden gestrichen. Die betroffenen Mitarbeiter sollen umgeschult und an anderen Standorten eingesetzt werden. Die Leipziger Standort wird zur Zentrale für die telefonische Kundenbetreuung umstrukturiert.

Dresden. Eine gemeinsamer Antrag von Grünen und Linkspartei zur Verbesserung der Lehrerausbildung durch stärkeren Praxisbezug findet im Landtag keine Mehrheit.

Dresden. Das Bundeskartellamt stimmt der Übernahme der Freiburger Brauhaus AG durch die Radeberger Gruppe rückwirkend ab 1. Januar 2006 zu.

23. Juni

Chemnitz. Am Vortag der Oberbürgermeisterwahl findet ein vom Ordnungsamt genehmigter Aufmarsch der NPD-Jugend vor dem Marx-Monument statt. Eine antifaschistische Gegendemonstration wird verboten.

25. Juni

Chemnitz. Barbara Ludwig (SPD) gewinnt die Oberbürgermeisterwahl mit 49,65 Prozent der Stimmen vor Detlev Nonnen (CDU, 20,15).

Es sind fünf Rohstoffe, die die Demokratische Republik Kongo zum besonderen Objekt der Begierde machen: Coltan, Diamanten, Kupfer, Kobalt, Gold. Darüber hinaus stehen andere Naturressourcen in reichen Mengen zur weiteren Ausbeutung zur Verfügung, darunter Kohle, Uran, Tropenholz, Wasser und – Öl. Der Zugriff auf diesen Reichtum, die Kontrolle über ihn und der Handel mit ihm haben strategischen Charakter. Coltan zum Beispiel, ist ein Rohertz, aus dem das für die moderne Hochtechnologie sehr gefragte Tantal gewonnen wird. Der Bedarf an diesem Metall in der Mikroelektronik und der Informationstechnik – folglich auch für die moderne Rüstungsindustrie – brachte

Von **JÜRGEN KUNZE**

seinen Weltmarktpreis zeitweilig auf das Niveau von Silber.

Die gehobenen Naturschätze dieses riesigen Landes, dessen Flächenausdehnung der Größe Westeuropas entspricht, verwerten sich nicht im Kongo selbst. Sie gewinnen ihren Wert und ihre Bedeutung nur in der globalisierten Wirtschaft, in der sich die unterschiedlichen Interessenten im Profitstreben um die Ausnutzung dieser Ressourcen auf postkoloniale Weise vergemeinschaften. Zu diesen Interessensverbänden gehören internationale Konzerne, Handels- und Transportgesellschaften, die Rüstungsindustrie und die internationalen Waffenhändler in West und Ost, die national-staatlichen Herrschaftseliten im Kongo, die regionalen Machtinstanzen, die sich sowohl als politische Organisationen, aber auch als Militärformationen etablieren, die Militärbürokratien in den Nachbarstaaten und schließlich die großen ausländischen Mächte, die auch in Zentralafrika ihre geostrategischen Einflussfelder abstecken. Afrika ist nach zwei Jahrzehnten relativer Vernachlässigung wieder ein Objekt weltpolitischer Aufmerksamkeit geworden, und Kongo mit seinen gewaltigen Potentialen besitzt diesbezüglich einen hohen Stellenwert.

Diese postkoloniale Vergemeinschaftung der verschiedenen Interessengruppen ist keine friedliche. Sie ist konfrontativ und hochkonfliktiv. Ihr Kennzeichen ist die Rivalität. Sie wird vor Ort zusätzlich aufgeladen durch politisierte Ethnizität, d. h. durch die Anstiftung und Ausnutzung der kulturellen Unterschiede und Widersprüche zwischen den verschiedenen Völkern, von denen es im Kongo mehr als 200 gibt. Brüchige Allianzen und wechselnde Frontbildungen im Kampf um Zugriffschancen und die Kontrolle strategischer Räume sind ihre Ausdruckformen. Ihre wirtschaftliche Daseinsweise ist eine extrem profitable Kriegsökonomie, in der Elemente der Korruption und andere Erscheinungen der organisierten Kriminalität einen hohen Stellenwert haben. Die Militarisierung und die Aufrüstung der verschiedenen Interessensverbände bilden die Voraussetzung für die Usurpation und die Absicherung wirtschaftlicher Chancen und ausbeutungsfähiger Gebiete. Die Einnahmen aus dem größtenteils illegalen Handel mit Schürfrchten und den gewonnenen Bergbauprodukten finden wiederum – neben der privaten Bereicherung der Kriegsherren und ihrer Klienteln – ihre Verwendung für die Beschaffung der militärischen Ausrüstungen. Diese Wirtschaftsweise,

die sich wie ein Teufelskreis in den dunklen Zonen des internationalen Waffengeschäfts und des Schwarzhandels mit den einheimischen Naturressourcen realisiert, beruht auf brutalsten Formen der Ausbeutung und Unterdrückung. Sie findet ihren Ausdruck im Raub an der Natur, an menschlicher Arbeitskraft durch Zwangsarbeit, in der Zerstörung vorhandener sozialer Ordnungen und im umfassenden Einsatz von physischer Gewalt.

Gewalt ist die Kultur, die dieses parasitäre Räderwerk vorantreibt. Sie existiert in allen erdenklichen und zum Teil unvorstellbaren Formen – Plünderungen, Vertreibungen, Folter, Tötungen, Massenmord, Zwangsrekrutierungen, Versklavung gehören dazu. Men-

schenrechte haben hier keine Chance. Die Durchsetzung der von kriegswirtschaftlichen Interessen geleiteten Machtansprüche mit gewaltsamen Mitteln, geht einher mit einer hasserzeugenden Konstruktion von Feindbildern. Ihr Ergebnis ist die Dehumanisierung des Rivalen, der gegnerischen Verbände, der Bevölkerungsgruppen, die mit dem Gegner sympathisieren oder auch nur als Opfer von Plünderungen, Brandschatzungen und Zwangsrekrutierungen ausgewählt wurden. Dehumanisierung bedeutet die Le-

Gewalt ist die Kultur, die dieses parasitäre Räderwerk vorantreibt

gitimierung rücksichtsloser Gewaltanwendung. Solche Erscheinungen sind charakteristisch in Kriegshandlungen in aller Welt, sie gewinnen jedoch im Kongo eine besonders drastische Ausprägung durch den engen Zusammenhang von ökonomischen, politischen und militärischen Faktoren und das unmittelbare Wechselspiel von lokalen, regionalen und globalen Wirkungen. Kriege und andere bewaffnete Auseinandersetzungen bzw. ihre Folgen haben im Kongo eine Blutspur von vier Millionen Toten gezogen. Gegenwärtig konzentrieren sich solche Ereignisse auf die östlichen Gebiete des Landes. Hier liegt auch die besonders reiche Zone der auszubeutenden Bodenschätze. Seit 1999 sind im Kongo UN-Blauhelme im Einsatz – MONUC, inzwischen auf fast 18 000 Mann aufgestockt, ist das größte Kontingent in der Geschichte von UN-Missionen überhaupt. Diesen Truppen ist es noch nicht gelungen, die Kämpfe in den akuten Krisenprovinzen Ostkongo (Oriental, Nord- und Süd-Kivu) zu beenden, geschweige denn die Gefahr wieder aufflammender Konflikte in anderen Gebieten auszu-schließen. MONUC

meldet Mitte Juni wiederum eine wachsende Zahl von Verstößen gegen das Sicherheitsregime in Nord-Kivu und humanitären Notstand in zwei Gebieten des Ituri-Distrikts (Provinz Oriental). Weitere Meldungen verweisen auf Drohungen von Ugandas Präsident Museveni, erneut im Nord-Osten Kongos militärisch vorzugehen.

Die genannten Zusammenhänge sind keine Gesamtdarstellung der kongolesischen Gesellschaft. Sie kennzeichnen jedoch die Grundkonfiguration eines krisenhaften Konflikts, der die jüngere Geschichte des Landes prägt, und machen deutlich, dass die Überwindung der Gewalt und der militärischen Konfrontationen das Schlüsselproblem für die weitere Entwicklung des Landes ist. An-

Fünf Rohstoffe machen den Kongo zum Objekt der Begierde

gesichts des Entwicklungsdesasters und der untragbaren Menschenrechtssituation, die mit dieser Krise verbunden sind, erwachsen in den letzten Jahren auch beachtliche politische und zivilgesellschaftliche Kräfte, die einen Ausweg aus den chaotischen Zuständen suchen. Auch der internationale Druck auf die Konfliktparteien verstärkte sich. Letztlich gehen von der Vertiefung der Krise ernsthafte Gefahren für die internationale Sicherheit aus. Ein endloser Fortgang der politischen Instabilität, der letztlich in einer Desintegration des Gesamtstaates enden könnte, ist am Ende für keine der beteiligten Kräfte ein konstruktiver Ausweg. Selbst den unmittelbaren Profiteuren der „Kriegsökonomie“ würden hier am Ende Grenzen ihrer Aktionsfähigkeit erwachsen. Sie werden mit einem wachsenden Interesse an einer Stabilisierung der Gesellschaft konfrontiert, was nichts anderes bedeuten kann als die Zurückdrängung und schließliche Auflösung der partikulären Gewaltmärkte, die Legalisierung der grundlegenden Wirtschaftsprozesse und die Reintegration der divergierenden Interessenlagen in eine gesamtgesellschaftlich verstandene und gesamtstaatliche Rationalität.

Wie weit sich diese Tendenz durchsetzt, ist noch nicht entschieden. Jedoch wurde nach der Ermordung des Präsidenten Laurent-Désiré Kabila im Januar 2001, der zuvor mit den Streitkräften seiner „Allianz Demokratischer Kräfte für die Befreiung Kongos“ und mit starker militärischer Unterstützung Ugandas und Ruandas das abgewirtschaftete Mobuto-Regime gestürzt hatte, eine gewisse Liberalisierung der nationalen Politik eingeleitet. Der neue Präsident, Joseph Kabila („Kabila II“), eröffnete einen „innerkongolesischen Dialog“, in den die einander bekämpfenden Kräfte einbezogen werden konnten und der nach vielen Stockungen und Rückschlägen schließlich im April 2003 in Sun City (Südafrika) zur Annahme eines „globalen und inklusiven

Abkommens“ und zur Inkraftsetzung einer Verfassung für eine Übergangszeit führte. Wichtige Begleitumstände, Bestandteile und Ziele dieses Prozesses waren unter anderem die Abschlüsse von Friedensverträgen mit den bisherigen Bürgerkriegsfraktionen und den Nachbarstaaten, die Schaffung der staatlichen Übergangsinstitutionen, in denen alle Komponenten des innerkongolesischen Dialogs vertreten sind und die Bildung einer integrierten Nationalarmee. Übergreifendes Ziel der auf zwei Jahre konzipierten Übergangsperiode war die nationale Aussöhnung und die Schaffung einer neuen politischen Ordnung. Freie und transparente Wahlen auf allen Ebenen sollen diesen Übergangsprozess abschließen. Der Beginn der Präsidentschafts-, Parlaments- und Provinzwahlen wurde nach mehreren Aufschüben und zahlreichen Disputen auf den 30. Juli festgelegt.

In dieser Phase erreicht der Kongo-Konflikt auch im militärischen Sinne die Bundesrepublik Deutschland. Bundesregierung und Bundestag haben (gegen die Stimmen der Linkspartei und der FDP) beschlossen, ein Bundeswehrkontingent von rund 800 Mann im Rahmen einer EU-Mission (Codename: EUFOR DR Kongo) zur militärischen Absicherung der Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo zu entsenden. Frankreich beteiligt sich in ähnlicher Mannschaftsstärke und weitere EU-Länder mit kleineren Kontingenten. Die Mission hat bereits begonnen, sie steht unter dem Kommando eines deutschen Generals.

Dieser Truppeneinsatz bleibt umstritten. Es gibt viele Argumente, die die Sinnfälligkeit der Mission in Frage stellen. Sie verweisen auf die zu erwartenden geringen Wirkungen, die fraglichen Erfolgsaussichten und den hohen Gefährungsgrad dieses Einsatzes. Kritische Stimmen richten sich auch gegen die fortschreitende Militarisierung der EU-Außenpolitik, in der sich die Bundesrepublik besonders profilieren will. Das gerade von deutschen Friedens- und Konfliktforschungsinstituten herausgegebene Friedensgutachten 2006 hält die Mission für zweifelhaft und greift die kritischen Positionen der internationalen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch auf. Diese beziehen sich vor allem darauf, dass die Gestaltung des neuen politischen Systems noch längst nicht abgeschlossen ist, das Land weiterhin zerrissen ist und weite Gebiete sich noch der staatlichen Kontrolle entziehen. Der Aufbau der nationalen Armee und die Demobilisierung von anderen Kampfverbänden ist noch nicht hinreichend gelungen. Die Bürgerkriegsfraktionen verfügen immer noch über bewaffnete Kerneinheiten. Der Osten des Landes ist noch Bürgerkriegszone. Insbesondere die kongolesischen Oppositionsparteien halten die Situation für noch nicht reif, um faire Wahlen abzuhalten. Die Wahlen sind schlecht vorbereitet und bevorzugen in ihrer gegenwärtigen Konstellation den jetzigen Übergangspräsidenten Kabila. Verlangt werden weitere politische Gespräche vor den Wahlen. In Kinshasa und anderen Städten kommt es zu Demonstrationen. Human Rights Watch beobachtet eine zunehmende politische Repression. Viele Kongolesen befürchten, dass das Wahlergebnis neue politische Unruhen provoziert und den Bürgerkrieg wieder aufflammern lässt. Diese Befürchtungen sind berechtigt, denn die Tiefenstrukturen des Kongo-Konflikts lösen sich nicht im Zuge eines befristeten politischen Oberflächenprozesses auf.

Wer seine Reiseroute hin zur kurischen Nehrung wählt, sollte die Fähre in Klaipeda/Memel nicht besteigen, ohne zuvor dem Memeler Theaterplatz einen Besuch abgestattet zu haben. Dort befindet sich das Brunnendenkmal jener deutschen Symbolfigur, jenes barfüßigen, bezopften Marjellchens mit der Schürze – Ännchen von Tharau – mit dem Sockelbildnis des Textdichters der gleichnamigen Volksweise, Simon Dach.

Dieses Denkmal hat eine wechselvolle Vergangenheit. Im Jahre 1912 wurde die Ännchen-Statue des Berliner Bildhauers Albert Kühne mitsamt des Simon-Dach-Brunnens vor dem Stadttheater errichtet. Im zweiten Weltkrieg ging die Statue verloren.

Aber wer hat den Verlust auf dem Gewissen? Nicht die Litauer, die 1923 das Memelgebiet besetzten, sondern Hitler, der das „Ännchen“ 1939 auf den Libauer Platz verdrängte, zugunsten seiner Büste. Niemand, weder Altbürger noch Neubürger, weiß Genaueres, wann und wie im Inferno des Krieges dann die Statue verschwand. Ihre Wiederkehr datiert aus dem Jahre 1989. Inspirator ist ein ehemaliger Masure namens Radziwill, der als Reiseleiter ab 1987 deutsche Heimwehtouristen in Memel

Von **BRUNO SCHWEITZER**

begleitete. Er war sehr angetan davon, dass Litauer die weitgehend zerstörte Altstadt mit viel Liebe originalgetreu wieder restauriert hatten. „Aber, wo bleibt das Ännchen“, so fragte er, verhandelte hartnäckig mit Memeler Dienststellen und sorgte für eine öffentliche Diskussion. Das, und die Zusage, dass deutsche Künstler die Statue originalgetreu erstehen lassen können, sorgte für grünes Licht bei diesem zweiseitigen Vorhaben.

Ännchen von Tharau. Welcher Chor weit und breit, der auf sich hält, hat diese uralte Volksweise wohl noch nicht gesungen. Um dieses Lied, um den Mytos der Pfarrerstochter Anna Neander aus Tharau, die, 17jährig, im Jahre 1636 dem Pfarrer Johannes Portius ihr Jawort gab, rankt sich eine musische Vielfalt über fast vier Jahrhunderte hinweg. Ännchens Eltern stammten aus Sachsen und ließen sich in Tharau (etwa 25 Kilometer südlich von Königsberg im heutigen Wladimirowo) nieder. 1619, im Geburtsjahr Ännchens, starb ihre Mutter an der Pest. 1630, als das Kind elf Jahre alt war, starb auch der Vater. Ännchen wurde dann von ihrem Taufpaten in Königsberg in Pflege genommen. Dort lernte sie Johannes Portius kennen und vermutlich auch den Memeler/Königsberger Barock-Dichter Simon Dach (1605-1659), dessen Vater sich als litauischer Schlossdolmetscher einen Namen gemacht hatte, und der im Ännchen das Symbol ewiger Liebe sah. Zugleich verkörperte die junge Maid die Muse des preußischen Poeten. Doch der heiratete 1641 die Tochter eines Königsberger Hofgerichtsadvokaten. Ännchen selbst war nach dem Tod ihres Ehemannes Johannes Portatus noch mit zwei weiteren Pfarrern ehelich verbunden. Sie starb im Jahre 1689 und wurde in Insterburg beigesetzt. Ännchen hatte elf Kinder, von denen jedoch nur drei überlebten. Zu ihren Nachkommen zählen u. a. E. T. H. Hoffmann (1776-1822), bekannt als Dichter der Frühromantik und die Königsberger Heimatdichterin Agnes Miegel (1879-1964).

Die Spur des „schönsten Liebesliedes des 17. Jahrhunderts aus dem deutschen Nordosten“ (Walter Ziesemer – Herausgeber der Vierbändigen Schriftenreihe Simon Dach), weist recht verschlungene Wege auf. Und heute noch ist dessen Autorschaft umstritten, zumal das Urmanuskript nicht erhalten geblieben ist. Einerseits wird das Lied dem Königsberger Domorganisten Heinrich Albert zugeschrieben, der im Juli 1642 erstmalig „Ännchen von Tharau“ gedruckt und veröffentlicht hatte. Andererseits wird dieses Liebeslied als gemeinsames Werk der Poeten der sogenannten „Kürbishütte“ (im Gärtchen des Heinrich Albert) betrachtet. Dort hatte sich dazumal ein Kreis von Musikern und Dichtern zu einer Gesellschaft versammelt, in deren Mittelpunkt Simon Dach stand. Man vermutet, dass in diesem Poetentempel die Wiege des Liedes gestanden hat.

Hedwig Lölhöfel, aus Tharau stammend, verweist in ihrem 1986 vom Droste-Verlag Düsseldorf herausgegebenen Buch *Tharau liegt woanders* auf

Berührt von einer Legende:

Ännchen von Tharau



Der Autor und „sein“ Ännchen

einen Buchdruck aus dem Jahre 1645, der folgen-dermaßen betitelt war: *Arien etlicher theils geistlicher theils weltlicher, zur Andacht, guten Sitten, keuscher Liebe und Ehren-Lust dienender Lieder. Auff unterschiedlicher Arten zum Singen und Spielen gesetzt von Heinrich Alberten.*

Die Zuschreibung des Textes an Simon Dach basiert allerdings erst aus dem Jahre 1723, und zwar mit einer Eintragung in die Kirchenchronik des Dorfes Tharau: „Pfarrer Andreas Neander hat von seiner Ehegattin eine einzige von Gestalt angenehmer Tochter namens Annam

hinterlassen, welche die Anke von Tharau ist, von der das bekannte Lied oder Aria *Anke von Tharau ist, die mir gefällt* herrühret, so in Alberti Ariens gedruckt zu finden ist und von dem berühmten Preußen Poeten Simon Dach bei derselben Hochzeit gemacht worden“.

Die Melodie Ännchen von Tharau gibt gleichermaßen Rätsel auf. Wer war der wahre Komponist dieses Liedes, das „mit der klaren Melodie, seiner familiären Stimme und aus den Tiefen des Herzens erlebten Gefühls“ jung und alt seit eh und je verzaubert? Bis 1945 wurde diese Variante des Liedes von Heinrich Albert im Tharauer Gesangverein nach Silchers Melodie im dreistimmigen Liedsatz im üblichen natan-gisch-ostpreußischen Platt gesungen:

1. Anke von Tharau es dee mi gefällt,
see es mien Lewe, mien Got on mien Geld.
2. Anke von Tharau häft wedder ehr Herz
op mi gerechtet en Leew on en Schmerz.
3. Anke von Tharau, mien Reekdom, mien Got,
du miene Seele, mien Fleesch on mien Blot.
4. Käm allet Wetter glick en ons to stoahn,
wi senn gesennt, bi eenander to stoahn.
5. Krankheit, Verfolgung, Bedröfnis on Pien
soll onser Leewe Verknotigung sien.
6. Recht als een Palmeboom äwer seck wasst,
je mehr ein Hoagel on Reje anfatt.
7. so vard de Leew en ons mächtig on grot
no Kriez on Liede on allerlei Not.
8. Würdest du glick eenmaal von mi getrennt,
leewdest, wo eener de Sonnke kuum kennt.
9. eck well di folge mang Wälder, mang Meer,
mang les on lese on fiendlichet Heer.
10. Anke von Tharau, mien Licht, miene Sönn,
mien Leewe schlut eck en dienet henönn.
11. Wat eck geböde, ward von di gedoan,
wat eck verböde, dat lättst du mi stoahn.
12. Wat häft de Leewe doch fer een Bestand,
wo nich een Herz es, een Mund, eene Hand?
13. Dee wo seck zargelt on kabbelt on schlait
on wie de Hund met de Katte woll dait.
14. Anke von Tharau, so war wi nich senn,
du best mien Duuwke*, mien Schoapke, mien Henn'.
15. Wat eck verlang', dat verlangest du ok.
Eck loat de Böx di, du lättst mi dem Rock.
16. Du best mien Annke, mien säteste Ruh.
Een Lief, een Seele ward ut eck on du.
17. Ditt moakt dat Lewe tom hämmliche Rieck.
Dorch Zanke ward et der Hölle gelieck.

* Duuwke = Täubchen, Schoapke = Schäfchen

Der Ostpreuße Johann Gottfried Herder übertrug im Jahre 1778 das Lied aus dem Plattdeutschen ins Hochdeutsche und nahm es in seine Sammlung *Volklieder* auf. Mit allen 17 Zweizeilern ist es in seiner späteren Ausgabe *Stimmen der Völker*, 1806 mit nur 10 Strophen im Zyklus *Des Knaben Wunderhorn* (Clemens Brentano und Achim von Arnim) und in späteren Liederbüchern mit 4 sechszeiligen Strophen zu finden. Die Poetisierung der romantischen Liebe und der klangvolle Text waren für zahlreiche Musiker eine große Verlockung für Vertonungen. Historiker zählen an die zwölf. Darunter die Vertonungen des Freiherrn von Seckendorf (Freund von Herder), des Potsdamer Dirigenten Friedrich Reichard, oder die schwärmerische Romanze eines Leipziger Studenten. Ännchen-Melodien erklangen auch als sanftes Kinderlied, als Wiegenlied für Mütter oder auch als Klagegedicht. Es gab sogar ein Singspiel (Heinrich Strecker), wie auch Entgleisungen in Form einer Ännchen-Oper (1860) von Heinrich Hoffmann (nicht zu verwechseln mit Struwwelpeter-Hoffmann oder Hoffmann von Fallersleben) sowie in Roman, Schauspiel und Film.

Die höchste und populärste Stufe all dieser poetischen bzw. kompositorischen Hervorbringungen erreichte Dachs Lied in der Melodie von Friedrich Silcher, Direktor der Musikschule von Thübingen (1789-1860) innerhalb seiner volkstümlichen Liedersammlung (u. a. auch die Melodie zu Heines *Loreley*). Seine Ännchen-Weise mit romantischer Betonung aber dennoch klarer und herzlicher Anmutung, erklingt heute noch allerwärts von Mund zu Mund, von Generation zu Generation. Und so dürfte die berührende Legende des schönen Ännchens insbesondere verwoben sein mit den Namen von Simon Dach und Friedrich Silcher.



Unser Autor

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor,
arbeitet an der Universität Wrocław
und war Ende vergangenen Jahres
mehrere Monate in der
Volksrepublik China. Er arbeitete
dort an der Universität in Wuhan.

Als vor einigen Monaten die Direktiven des neuen Fünfjahresplans für die Zeit von 2006 – 2010 veröffentlicht wurden, begann darüber in der gesamten Volksrepublik China eine breite nationale Diskussion. Denn der neue Fünfjahresplan ist sehr wichtig für die jeweiligen Provinzen, die einzelnen wirtschaftlichen Branchen, für die Familien, für jeden einzelnen Chinesen, also für das ganze Volk.

Zur „Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“

Die Regierung und die staatliche Plankommission deklarieren eine Fortsetzung der gegenwärtigen dynamischen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung – circa 9 Prozent jährliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes. Gemäß des Parteiprogrammes (angenommen auf dem 16. Parteitag der KPCh im November 2002) geht es um den „umfassenden Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“. Mittels relativ schneller wirtschaftlicher Entwicklung soll die Ökonomie der VR China in den Jahren 2001 bis 2010 auf die doppelte Größe wachsen. Das hat unweigerlich beträchtliche Konsequenzen für die internationalen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen. Konkret: China festigt Schritt für Schritt seine Weltstellung und soll sich am Ende der Periode, im Jahr 2010, auf dem zweiten Platz in der Welt befinden. Experten der Weltbank schätzen das chinesische Wirtschaftspotenzial schon heute auf 60 Prozent des US-amerikanischen. Diese Entwicklung beunruhigt natürlich den Herrscher der imperialistischen Hauptmacht der „Neuen Weltordnung“, den Präsidenten der USA, G. W. Bush.

Die Diskussion um den neuen Fünfjahresplan bringt Gedanken, Ideen und Akzente zu Tage, die die alten und neuen Widersprüche in der Volksrepublik China widerspiegeln. Wobei der sozialistische Staat seit rund 25 Jahren neue Prinzipien und Mechanismen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und der inneren und äußeren Politik in Gang setzte. Die Öffnung nach außen, die Errichtung „Besonderer ökonomischer Zonen“, das Zulassen großer ausländischer Kapitalinvestitionen, die Privatisierung von zahlreichen Seiten des öffentlichen Lebens und der Übergang zu einer sozialistischen Marktwirtschaft sind die wichtigsten Eckpfeiler dieser neuen Periode. Die Parteileitung unter Deng Xiaoping erklärt regelmäßig, dass die Volksrepublik China zwar ein sozialistisches, aber noch sehr rückständiges Land der so genannten „Dritten Welt“ sei und es deshalb vor allem in ökonomischer Hinsicht nicht die fortschrittlichen Prinzipien und die hohen Erwartungen des Sozialismus erfüllen könne. Man befinde sich noch ganz am Anfang, in der primären Etappe, in der Übergangsform vom Kapitalismus zum Sozialismus. Diese Feststellung hatte wichtige Folgen für die praktische Politik und für die Entwicklung der Theorie in der chinesischen Gesellschaft. Sie rief ideologische und theoretische Diskussionen unter Marxisten sowie innerhalb der internationalen Arbeiter- und kommunistischen Bewegung hervor. Oft wird gefragt, in welche Rich-

tung sich die Volksrepublik entwickelt und ob die KPCh überhaupt noch die Interessen der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten Chinas vertritt.

Die derzeitige Politik der KPCh ist nichts anderes als eine Fortsetzung der Leninischen NÖP-Politik, aber in einem äußerst langjährigen und gigantischen Ausmaß. Allerdings ist die internationale Lage eine andere als damals, eine eher günstigere. Zwar ist der Weltimperialismus nach wie vor ungezügelt und deshalb eine Bedrohung für die Werktätigen und die friedliebenden Völker der Welt. Zwar hat der Imperialismus seine Positionen ausbauen können, insbesondere nach der Niederlage der Sowjetunion und der sozialistischen Gemeinschaft in Europa. Trotzdem aber droht dem Sozialismus in China die größte Gefahr nicht von außen, so wie es in der Sowjetunion in den vergangenen 30er-Jahren der Fall war. Heute kommen die Bedrohungen für den Sozialismus in der VR China von innen.

Über dieses Problem wurde im vergangenen Oktober auf einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz in der Universität von Wuhan aus Anlass des 110. To-

werkstätigen Massen. Parallel dazu entwickelt sich im Proletariat eine widersprüchliche Differenzierung: die Reichen wurden reicher, die Armen wurden ärmer.

Billigste Arbeiter und rabiate Ausbeutung

In diesem Zusammenhang veränderte sich in der letzten Zeit auch das Ansehen der kommunistischen Partei in der Bevölkerung. Immer lauter wird die Kritik an Partei und Regierung. Man erwartet ungeduldig eine Verbesserung der sozialökonomischen Lage. Zudem, die Chinesen sind heute dank moderner Telekommunikationsmittel zumeist gut über die staatliche Innen- und Außenpolitik sowie über die soziale Lage im Lande informiert.

Anders als noch vor Jahren, als Vorschriften die Wanderbewegungen der Bürger eher behinderten, wird heute von vielen Chinesen eine erhöhte Mobilität verlangt. Als Folge der modernen Entwicklung der chinesischen Wirtschaft zieht es Millionen aus den rückständigeren Regionen des Nordens und des Ostens zu den riesigen Baukomplexen und zu den unermesslich

über Gegenmaßnahmen. Aber sie wächst nach wie ein Drache mit sieben Köpfen – mit der Konsequenz, dass inzwischen die UNO vor der sich vergrößernden sozialökonomischen Schere in China warnte.

Im Jahre 1985 betrug das Verhältnis der Einkommen in der Stadt und auf dem Land 2:1, heute liegt es bei 3: 1. In den Städten liegt die Arbeitslosigkeit bei rund 4 Prozent. Der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder an den Universitäten sinkt.

Die chinesischen privaten Betriebe bringen weitere Widersprüche hervor. Die Grundnormen der Arbeitssicherheit werden verletzt. Die Gewerkschaften sind in diesen Bereichen schwach und der Organisationsgrad der Belegschaften ist gering, da die „Businessmen“ keine Mitgliedschaft ihrer Angestellten in der Gewerkschaft wünschen. Das Hauptziel dieser „Businessmen“, also der neuen Kapitalisten, ist das gleiche wie das aller Kapitalisten: Maximalprofit u. a. durch Senken der Löhne, der Standards, der Sicherheitsvorkehrungen und durch verschärftes Ausbeuten der Belegschaft. So häufen sich in den Medien schockierende Nachrichten über Arbeitsunfälle vor allem in den privatisierten Koh-

Traditionelle und neue Widersprüche in China

destages von Friedrich Engels engagiert diskutiert. Ein Hauptproblem dabei: „Die Entwicklung des Marxismus in der Politik der KPCh“, hier insbesondere im Denken von Mao Zedong und Deng Xiaoping.

Arme werden ärmer, Reiche werden reicher

Beim Aufbau des Sozialismus „mit chinesischer Prägung“ vergrößern sich alte und entstehen neue Widersprüche. Da gibt es traditionelle und historisch neue Widersprüche zwischen Stadt und Land, zwischen dem sich rasch entwickelnden Osten und den eher maroden West- und Nordprovinzen. Alte Klassenwidersprüche sind noch nicht überwunden, neue kommen hinzu und haben in den letzten Jahrzehnten große Nahrung gefunden.

Inzwischen gibt es chinesische Millionäre und sogar Milliardäre, die ihr Vermögen nicht mehr in Yuan, sondern in US-Dollar zählen. Diese Vermögen gehören sowohl den Repräsentanten des in China tätigen internationalen Kapitals als auch den Besitzern des sich neu entwickelnden inneren, chinesischen Kapitals, das auf Grund der riesigen Privatisierungen in der Wirtschaft entstand. Und es gibt Widersprüche durch die Differenziertheit der Arbeitslöhne. Während die erstgenannten Widersprüche die Aufmerksamkeit des Staatsapparates und der Partei in hohem Maße erregen, werden die zweitgenannten, die differenzierten Arbeitslöhne, weniger wahrgenommen.

Warum? Kann es sein, dass die politische Leitung wegen der großen ökonomischen Erfolge „den Kopf verloren“ hat? Kann es sein, dass sie meint, die Probleme würden sich schon durch die Prinzipien und Mechanismen der sozialistischen Marktwirtschaft, die ständige Kontrolle durch den staatlichen Finanzapparat, durch die Justizorgane sowie durch die Parteikontrollorgane von selbst lösen?

Doch die Widersprüche wachsen und sie wecken große Unzufriedenheit bei den

wachsenden Industriebranchen. Diese Wanderarbeiter sind sehr bescheiden, haben keine neu geweckten Bedürfnisse und geben sich mit Niedriglöhnen zufrieden. Ja, sie nehmen die Arbeit auch unter Bruch der Normen der Arbeitsgesetzgebung an und sind in der Regel nicht versichert. Wobei – von den 1,3 Milliarden Chinesen hat rund eine Milliarde keine Krankenversicherung. Die Mehrzahl dieser Nichtversicherten lebt auf dem Lande.

Solche Zustände vermindern die Kosten der Arbeitskräfte sehr stark. Zusätzlich herrscht unter den Arbeitssuchenden eine große Konkurrenz. In den letzten zwei Jahren haben die chinesischen Behörden solche Tendenzen überhaupt erst zur Kenntnis genommen. Eine stärkere Kontrolle der einheimischen Kapitalisten, ein effektiveres Handeln der staatlichen Fiskalbehörden und wirkungsvolle Kontrollen der Justizbehörden sollen Abhilfe schaffen.

Wenn Kapitalisten bereit sind, die Prinzipien, die Ziele und das Statut der KPCh anzuerkennen, können sie als „rote Kapitalisten“ Mitglieder werden. Die große Gefahr für die soziale Homogenität und die Klassenbindung der kommunistischen Partei, die daraus erwächst, sieht die Partei durch eine effektive Kontrolle dieser Mitglieder gebannt. Wobei, die chinesischen Kapitalisten drängen sich nicht in die KPCh. Es gibt noch acht weitere Parteien, in denen sie am politischen Leben teilnehmen, allerdings keine Oppositionspolitiker im Sinne westlicher Demokratien betreiben können.

Korruption wurde zur größten Gefahr

Die neuen Kapitalisten in China haben aber eine weit gefährlichere Waffe in der Hand: das Geld als Mittel zur Korruption. Der 16. Parteitag der KPCh erklärte die Korruption zur „größten Gefahr“, die mit allen Kräften bekämpft werden müsse. Die Massenmedien informieren systematisch über diese kriminellen Aktivitäten und

legruben.

Wie aber konnten sich so menschenfeindliche Arbeitsbedingungen überhaupt durchsetzen? Die Antwort darauf, siehe oben: Korruption. Private Betriebe können nicht arbeiten ohne offizielle Genehmigung der Provinzbeamten und der schwachen Gewerkschaftsführer. Eine Untersuchung mehrerer Fälle zeigte, dass Provinzbeamte erhebliche Zuwendungen aus den Bergwerken bekamen. Anordnungen und Gesetze der Zentralregierung kommen teilweise in den Regionen nicht an oder werden abgemildert oder auf später verschoben. Und die regionalen Behörden stehen inzwischen vor dramatischen Entscheidungen: Schließen sie die Gruben, bedeutet das eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit, was noch schlimmer wäre als die hohe Unfallrate.

In der Provinz Henan wurde ermittelt, dass 356 Beamte Schmiergelder von insgesamt 31,6 Yuan (das sind 3,9 Mio. US-Dollar) erhalten haben, pro Person im Durchschnitt also mehr als 80 000 Yuan (das sind rund 10 600 US-Dollar) pro Person. Das ist nur ein Beispiel. In der Provinz Shanxi, in der das größte Kohlebecken Chinas liegt, wurde festgestellt, dass nicht weniger als 900 Staatsbedienstete von den Grubenbossen beträchtliche Bestechungsgeldern erhalten hatten. Während der Untersuchung distanzieren sich 830 dieser Beamten von ihrer eigenen Praxis, die übrigen waren der Ansicht, dass sie ein Recht darauf hätten, dass Profitanteile in ihre Taschen fließen. Noch schlimmer geht es in der Provinz Guizhou zu – hier erreichen die Bestechungsgelder Rekordhöhe, was besonders deshalb interessant ist, weil diese Region eine der ärmsten Chinas ist und hier die Lohnunterschiede besonders drastisch sind.

Die Korruption ist in der Volksrepublik China eine große Problem, eine zerstörerische Krankheit – und nicht nur ein juristisches Problem! Die Zeit wird zeigen, ob das Land in der Lage ist, diese pathologi-

Wer nach dem Bachfest Leipzig 2006 sogleich Werke des „Orts-nachbarn“ Georg Friedrich Händel hören wollte, musste nicht unbedingt zum Händelfest nach Halle fahren, sondern konnte in der Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater des Meisters Oper „Alcina“ sogar in zwei verschiedenen gleichwertigen Besetzungen erleben. Wolfgang Reuters Bühnenbild zu dieser Zauberoper zeigte sich von den tief bewegend besungenen grünen Wiesen geprägt. Die Regisseurin legte Wert auf sinnvolle Personenführung, gewährte sich aber auch manche nicht unbedingt von Handlung und Musik erfüllten „spaßigen“ Arrangements. Für die Rezipienten wählte sie die sorgsame deutsche Übertragung Peter Brenners. Zu den im italienischen Original erklingenden Arien wurde die deutsche Übersetzung eingebunden.

Bestimmend waren die lebendige Darstellung und die Gesangskultur. In der ersten Aufführung glänzten vor allem die litauische Studentin Viktorija Kaminskaite in der Titelpartie und die Chinesin Linlin Fan als Alcinas Schwester Morgana. Aber auch Julie Rosalie Vortisch und Therese Fauser beeindruckten in der zweiten Aufführung. Eigentlich

verdienten alle Solisten genannt zu werden. Ebenso zeichnete sich das am ersten Abend von Helmut Kukuk und am zweiten von Volker Krafft geleitete Hochschulorchester durch elastisches und stil-

Lebendig, vielfältig, fordernd...

gerechtes Musizieren aus.

Im großen Gewandhaussaal lud der Kinderchor des Hauses zur Uraufführung des musikalischen Theaters „Ama-deus' Klavier“. Philipp Neumann schuf nach Elisabeth Volkers Buch „Meine Reisen mit Familie Mozart - Ein Klavier erzählt“ das abwechslungsreiche Libretto und führte Regie. Stephan König schrieb die gekonnt verschiedenartige heutige Ausdrucksmöglichkeiten, aber auch Motive Mozarts nutzende farbenreiche Musik. In 25 Szenen entsteht ein interessantes Bild von den bis London führenden, ebenso anregenden wie strapaziösen Reisen der Familie mit den Wunderkindern Wolfgang Amadeus und Nannerl. Das mit Sprache begabte Reiseklavier der Familie unterhält sich auf wunderliche Weise mit dem Knaben. Elmar Kühn vom Kinderchor des Opernhauses wird am Ende als quicklebendiger und makellos singender Wolfgang Amadeus mit

allen anderen Akteuren und dem vielfältig eingesetzten Chor gefeiert. Vier Streichinstrumentalisten, ein Schlagzeuger und Stephan König am Klavier musizieren überlegen. Und: Der Chorleiter

Frank-Steffen Elster leitet alles energisch.

Im Opernhaus präsentierte das von Paul Chalmer geleitete Leipziger Ballett die Gala „Für Uwe Scholz 2006“ mit den Choreographien „Je unehomme-Konzert“ von Wolfgang Amadeus Mozart, „Suite Nr. 2 für zwei Klaviere“ von Sergej Rachmaninow und Teilen aus „Amerika“ (mit zwei verloren eingestreuten Szenen aus „Dornröschen“ und „Ein Sommer-nachtstraum“). Kiyoka Kimura, Christoph Böhm, Maiko Oishi und Giovanni Di Palma, weitere Solisten und das Corps de ballet glänzen mit virtuosen und auch zarten Gestaltungen. Rudolf Piehlmeyer musiziert solid mit dem Gewandhausorchester.

In den Gewandhauskonzerten führten Erkrankungen zu Änderungen. Da waren Herbert Blomstedt - der die Wiederaufnahme des „Fidelio“ vorbereitete - mit

der hinreißend musizierten großen Sinfonie C-Dur von Franz Schubert und der glänzend aufspielende Gewandhausorganist Michael Schönheit mit Franz Liszts Fantasie und Fuge „Ad nos, ad salutarem undam“ zur Stelle. Der für Emmanuel Krivine gekommene Ion Marin hatte es mit den nicht eben zum festen Repertoire gehörenden Werken Ouvertüre, Scherzo und Finale von Robert Schumann und „Also sprach Zarathustra“ von Richard Strauss schwerer. Als Solist spielte der Erste Konzertmeister Frank-Michael Erben das erste Violinkonzert von Max Bruch feinsinnig und bravourös. Dmitrij Kitajenko - diesmal mit selbst geplantem Programm - hielt es bei Strauss' Sinfonia domestica ähnlich wie Marin beim „Zarathustra“ mehr mit dem ins Volle gehenden Orchesterklang. Hier setzte Sebastian Breuninger als Solist von Mozarts Violinkonzert G-Dur mit seiner Geigenkunst die Akzente. In der „Musica nova“ gestaltete Steffen Schleiermacher einen Hanns-Eisler-Abend, der dazu herausforderte, dass sich Leipzig endlich ausführlicher mit dessen Werk befassen muss.

• WERNER WOLF UND EIN TEAM

Henze zum 80.

Der 75. Geburtstag war für LEIPZIGS NEUE Anlass, Leben und Werk Hans Werner Henzes zu würdigen (LN 14'01, 6. Juli 2001). Wer angenommen hatte, mit seiner 1997 uraufgeführten „Neunten“ nach Motiven aus Anna Seghers „Das siebte Kreuz“, „Den Helden und Märtyrern des deutschen Antifaschismus gewidmet“, habe dieser Streiter für Menschlichkeit, Frieden und Freiheit den gewichtigen Schlusspunkt gesetzt, sah sich schon damals von neuen Plänen und Werken überrascht. In der 2000 beendeten „Zehnten“ mit den vier Sätzen „Ein Sturm“, „Ein Hymnus“, „Ein Tanz“, „Ein Traum“ bekannte er sich auf andere Art nachdrücklich zur sinfonischen Tradition. 2003 entstand die bei den Salzburger Festspielen uraufgeführte Oper „L'Upupa und der Triumph der Sohnesliebe“, ein deutsches Lustspiel in elf Bildern aus dem Arabischen. Bewusst stellt Henze in diesem neuerlichen Plädoyer für eine menschliche Welt Textbezüge zu Mozarts „Zauberflöte“ („Weil man hier die Rache nicht kennt“) her. Die melodisch und rhythmisch vielgestaltige Musik wird vor allem in ihren zarten, nachdenklichen Abschnitten von neuer Schönheit und Klarheit erfüllt. Inzwischen arbeitet Hans Werner Henze an einem neuen Werk für die Staatsoper Berlin. Während in einigen anderen großen Musikstädten Werke Henzes in kürzeren Abständen zu erleben sind, zeigt sich Leipzig seit der Aufführung der neunten Sinfonie unter Herbert Blomstedt (2002) ziemlich zaghaft.

• W. W.

Sommer, Sonne, Shakespeare, Schiller



„Kabale und Liebe“ im Garten des Schillerhauses: 30.6. (Fr.) bis 2.7. (So.) und 6.7. (Do.) bis 8.7. (Sa.), jeweils 19 Uhr Kartenvorbestellung: (0341) 5 66 21 70

Foto: Ralf Juhlke/Schillerhaus Leipzig

Im Garten des Schillerhauses zu Leipzig, an historischer Stelle, wo der junge Schiller den Sommer 1785 verbrachte, Theateraufführungen zu erleben, ist derzeit ein Fest für die Sinne. Die freie Theatergruppe „Kulturbeutel“ gehört mittlerweile zu den Stammgästen des Schillerhauses. Sommerlich beschwingt stand „Wie es Euch gefällt“ von William Shakespeare auf dem Programm. Regisseurin Mireille Martin, im wahren Leben frisch verheiratet, setzt auf Verständlichkeit und Augenzwinkern, zeigt uns die Tändelei im Ardenner Wald rund um den verstoßenen Herzog Heinrich und spielt höchstselbst die Rosalinde, deretwegen sich Orlando verzehrt. Es sind jedoch nicht nur die großen Rollen, die den Abend zusammenhalten. Der Narr als Sinnbild, ambitioniert gespielt von Moritz Greifzu, korrespondiert mit der kleinen, beengten, liebenswerten Schäferwelt. Johanna Wengorz als Schäfer: wohl-tuend sanft und weise. Eine Entdeckung: Anne-Kristin Schramm als Jaques de Bois, Amiens und Adam.

Nach dem großen Erfolg der szenischen Lesung von Friedrich Schillers „Kabale und Liebe“ im letzten Herbst setzt das Schillerhaus auch im Sommertheater auf dieses Stück. Das im Dezember 2005 gegründete Schillerhaustheater präsentiert das bürgerliche Trauerspiel im einzigartigen Ambiente der ältesten deutschen Literaturgedenkstätte. Zwischen historischem Bauernhaus, Wald-erdbeeren, die fröhlich im Garten wachsen, und Bratwurstduft heißt auch das FIFA-WM- und Mozart-Jahr eigentlich „Schillerjahr“. Dietmar Schulze, die Seele des Schillerhauses, wird übrigens selbst eine kleine Rolle spielen.

• D. M.

Es war eines der bestgehüteten Geheimnisse der ARD-Chefetagen: Sabine Christiansen wird uns verlassen. Nur noch ein knappes Jahr will sie ihrem blond moderierten Politsalon vorstehen. Zu seinen Qualitäten gehörte routiniertes Durcheinandersprechen, die Wiederholung eines Themas, welches Stunden zuvor im ARD- Presse-Club bereits diskutiert wurde und nicht zuletzt der Hofknicks für den amerikanischen Präsidenten oder dessen Aussenministerin. Wenn der Abspann dann nach einer Stunde am Bildschirmrand rotierte, staunte der Seher. So viele Menschen haben bei diesen Rundgesängen mitgetrallert. Der Sendeplatz nach dem Tatort war seinerzeit mit Brachialgewalt freigemacht worden. Also haben wir vielleicht bald wieder die Chance, Kultur, Filme und Dokumentationen schon mal vor Mitternacht zu betrachten. Weit gefehlt. Auf Sabine folgt Günther. Das Aushängeschild von RTL und Stern-TV mit ZDF Erfahrung. Und außerdem Werbe-Ikone

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Millionäre

Von MICHAEL ZOCK

für alles mögliche. Der sich mit Job und Durchschnittsgesicht dumm und dämlich verdient. Bitte jetzt nicht nur frozzeln. Günther Jauch ist ein sensibler Kluger. Man konnte es vor Jahren erkennen, als er einem anderen sehr klugen, sensiblen Günther gegenüber saß. Was G. Jauch dem G. Gauss auf dessen feinfühliges Fragen antwortete, war des Nachdenkens wert. Über Krieg, Politik, Armut, Reichtum, Kirche und Lebensart. Es wäre G. J. zu wünschen, dass er sich

da etwas abgehört hätte. Denn bald werden ihm nicht spieltüchtige Nichtwisser gegenüber sitzen, die auch Millionär werden wollen, sondern listige Politiker, die etwas sagen, aber es oft ganz anders meinen und tun. Auf Frau folgt nun wieder Mann. Dass es kein anderer werden konnte, ja durfte, spricht nicht gerade für unser Fernsehsystem. Warum beispielsweise niemand aus den sachlich gut moderierten Phoenix-Abenden der ARD? Man spürt, dass hier nur auf ein Gesicht (oder Larve?) gesetzt wird. Inhalte interessieren kaum. Also: Hoffnung auf Quotenneugier. Günther Jauchs Vater hat seinem Sohn vor Jahren einmal gestanden, dass er es unbegreiflich findet, wieviel Geld der Knabe für seine Jobs bekommt. Die Frage ist, warum tut Günther sich das noch an? Welche Botschaft schlummert in dem Katholiken, der seine religiösen Kenntnisse als RTL-Quizmeister so gern hervorkehrt? Wer wird demnächst beim Polit-Sprechblasen-Karaoke bekehrt?

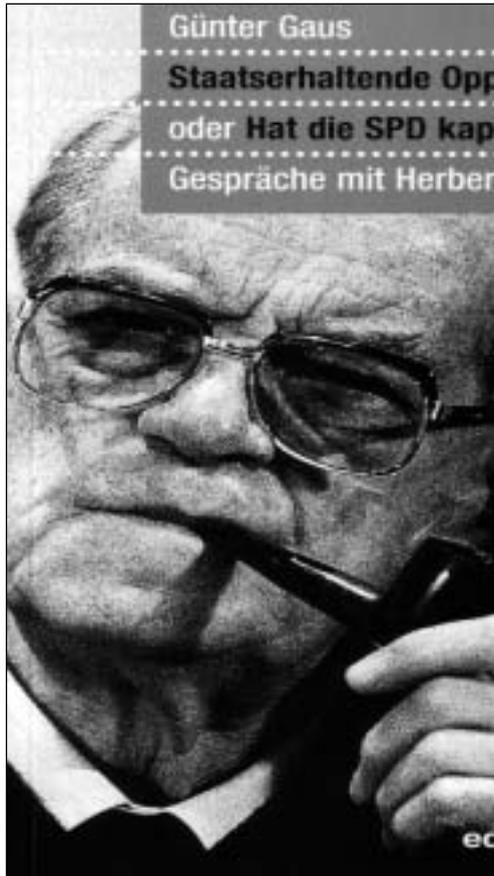
Herbert Wehner war Kommunist und wurde Sozialdemokrat. So war er für die einen ein Renegat, andere vertrauten, verehrten oder misstrauten ihm bis zuletzt. Und für manche Jungsozialisten, denen vor allem seine legendäre leidenschaftliche Polemik imponierte, war er der „Onkel Herbert“. Günter Gaus über ihn: „An diesem Manne ist zuviel in Deutschland Ungewohntes.“

Herbert Wehner, am 11. Juli 1906 in Dresden geboren, trat 1927 der KPD bei und wurde Anfang der 30er Jahre enger Mitarbeiter Ernst Thälmanns. Ab 1933 illegal in Deutschland tätig, wurde er 1942 in der schwedischen Emigration inhaftiert. 1946 kehrte er nach Deutschland zurück und trat der SPD bei. Ab 1949 bis 1983 gehörte er dem Bundestag an und übernahm 1969 den Vorsitz der SPD-Bundestagsfraktion, verbunden mit dem Ruf, ein „Zuchtmeister“ zu sein. Von 1958 bis 1973 war er stellvertretender Vorsitzender der SPD und 1966 bis 1969 Minister für Gesamtdeutsche Fragen. Am 19. Januar 1990 verstarb Herbert Wehner in Bad Godesberg

Die in dem vorliegenden Band enthaltenen drei umfangreichen Gespräche, die Günter Gaus mit Herbert Wehner führte, fanden 1966 statt und wurden bereits damals veröffentlicht. Wehner wurde zur Geschichte und zum Kurs der SPD befragt, zu ihren Niederlagen, zur Deutschlandpolitik sowie zum Verhältnis von SPD, Staat und mündigen Wählern. Sie geben Auskünfte über das Taktieren der SPD im Spannungsfeld von Opposition und Regierungspartei, von gesellschaftlichen Utopien des 19. Jahrhunderts und pragmatischem Mitgestalten des Kapitalismus der Gegenwart. Das war in einer Zeit, in der, wie H.-D. Schütt im Vorwort bemerkt, das „Wort von der Volkspartei noch keine blankgetriebene Phrase“ war, die Sozialdemokratie ihren „Verschleiß durch Machtbesitz noch weit vor sich“ hatte. Es war die Zeit, in der sich, nach G. Gaus, die Gattung Politiker, „die mit ihrer Basis über das süffige Medium Fernsehen

Herbert Wehner – vor 100 Jahren geboren

„Umwege, Missverständnisse und Fehldeutungen“



kommuniziert“, noch nicht entwickelt hatte.

Der von Gaus verfasste Text *Versuch über Herbert Wehner* erschien im Oktober 1968 als Einleitung zur Wehners Buch *Wandel und Bewährung. Ausgewählte Reden und Schriften 1930 – 1967*. Es ist meines Erachtens

die nach wie vor zutreffendste Darstellung des Lebensweges des Mannes, von dem Gaus sagt: „Welch ein Leben der Umwege, Missverständnisse und Fehldeutungen.“

Der kurze Text *Über Herbert Wehner II* ist den höchst lesenswerten Erinnerungen von Gaus (*Widersprüche. Erinnerungen eines linken Konservativen*, Propyläen Verlag, Berlin 2004) entnommen.

Der 100. Geburtstag von Herbert Wehner war Anlass, diese Texte, die nichts an Aktualität eingebüßt haben, in einer erweiterten Neuauflage zu veröffentlichen. Im Vorwort von H.-D. Schütt findet der Leser nicht nur Aussagen zu Herbert Wehner, sondern auch zu Günter Gaus, der, weil sich das Land nach rechts entwickelte, „eines Tages links stand, vielleicht mehr, als er im Sinn hatte“. Es lohnt sich, diese Texte zu lesen. Ihr Gewinn liegt im Blick des Lesers auf das Wechselspiel von Geschichte und Gegenwart. • **KURT SCHNEIDER**

Günter Gaus: *Staatserhaltende Opposition oder Hat die SPD kapituliert? Gespräche mit Herbert Wehner. edition ost, Berlin 2006. 156 S., 12,90 Euro*

Beraten und verkauft

Keine Branche ist in der Bundesrepublik so einflussreich und dabei so verschwiegen wie die der Unternehmensberater. Die großen Beratungsfirmen wie McKinsey, Roland Berger oder Boston Consulting beeinflussen nicht nur nachhaltig das Management der DAX-Firmen. Inzwischen bestimmen sie und geben den Takt bei der Ausrichtung mittelständischer Firmen an, greifen auch in die staatliche Verwaltung ein. Wo die Beratungsfirmen auftauchen, werden wegen Profitmaximierung Arbeitsplätze vernichtet.

Am Beispiel der Firma Grohe – einem Unternehmen das Sanitärsysteme herstellt – zeigt der Autor Thomas Leif, wie sich der Kahlschlag an Vollzeitstellen nach McKinsey Plänen abspielte. Mit seinem Schwarzbuch über die Beraterbranche entlarvt Leif die Praktiken der Branche, zeigt dem Leser die Innenansicht eines nach außen abgeschotteten Schweigekartells. Enthüllt werden so die Arbeitsmethoden und Strategien.

Ein Kapitel des Buches ist dem Thema gewidmet, wie McKinsey im CDU-Sozialkonzept eine beratende Schlüsselrolle erhielt. Da werden konkrete Zahlen für die umstrittene Kopfpauschale für die Berater nur „Schall und Rauch“.

Schon irrwitzig, aber auch der DGB gehört zu den Kunden von McKinsey. Für den Dachverband der Gewerkschaften wurde die 25-seitige Studie „Turnaround! – Vorschläge zur Weiterentwicklung des DGB“ erstellt. Inzwischen wurde auf einer Vorstandssitzung Anfang 2006 beschlossen, den so genannten „Turnaround-Prozess“ fortzusetzen. Das heißt, beim DGB ist die „Strukturreform“ in vollem Gange.

Erschütternd und erschreckend das Fazit von Thomas Leif: Mit der Beratermanie einer McKinsey-Gesellschaft werden nicht nur gewaltige private wie öffentliche Mittel vernichtet und Belegschaften von Unternehmen gefährdet – auch Parlamente und Verwaltungen werden untergraben, was allerdings angesichts der Aufgabenstellungen wiederum logisch ist. • **KARL-H. WALLOCH**

Thomas Leif: *beraten & verkauft - McKinsey & Co. - der große Bluff der Unternehmensberater. Verlag C. Bertelsmann 2006. 19,95 Euro*

Das erklärte Ziel von Jörn Schütrumpf besteht darin, die inzwischen erneut weitgehend unbekannt Rosa Luxemburg heutigen, vor allem wohl jüngeren Lesern vorzustellen, ihnen einen neuen (oder überhaupt erst einen) Zugang zu ihrer Persönlichkeit und ihrem Werk zu schaffen. Deshalb wählt der Herausgeber nur sehr wenige (ganze drei!) Schriften aus, die die Vielseitigkeit ihres Wirkens verdeutlichen sollen: das im Breslauer Gefängnis geschriebene Fragment *Zur russischen Revolution* über ihr Revolutionsverständnis und ihre Kritik an der Durchführung der Oktoberrevolution;

ihre sozialkritische Reportage *Im Asyl* (1912), die etwas von ihren literarischen Qualitäten verrät, und einen der berühmten Gefängnisbriefe an Sophie Liebknecht (Weihnachten 1914). Hinzu kommen Textstellen von Wladimir Lenin, Rosi Wolfstein, Paul Levi, Walter Jens und anderen, sowie ausgewählte zeitgeschichtliche Daten, biographische Angaben zu agierenden Persönlichkeiten und ein Schriftenverzeichnis der bei Karl Dietz Berlin erschienenen Luxemburg-Titel.

Positiv zu vermerken ist die zuverlässige Erklärung historischer Begriffe in Fußnoten. Unbegreiflicher Weise fehlt für eine solche Einführung ein Lebenslauf der Hauptakteurin. Bald die Hälfte des wohltuend schmalen und preiswerten Büchleins nimmt Schütrumpfs flott geschriebener Essay *Zwischen Liebe und Zorn: Rosa Luxemburg* ein. Für ihn steht die Revolutionärin gleich neben Karl Marx, aber auch nicht so sehr weit ent-

fernt von Michail Bakunin, wenn er als ihr Vermächtnis die gemeinsame Tat als Voraussetzung für Emanzipation ansieht. Anregend sind solche Ideen, aber man müsste sie gründlicher historisch befragen. Die oft griffigen Formulierungen allein machten es wohl nicht, vielleicht wären weitere Luxemburg-Texte erhellender für den Erstleser gewesen?

• **ERHARD HEXELSCHNEIDER**

Rosa Luxemburg oder: *Der Preis der Freiheit. Hrsg. von Jörn Schütrumpf. Karl Dietz Verlag Berlin 2006. 111 Seiten. 6,90 Euro*

Luxemburg populär

Es ist vor allem das Prosaische, Nüchterne, Unspektakuläre, was an dem Buch überzeugt. Mitarbeiter der Auslandsaufklärung der DDR berichten in 38 Beiträgen über ihre Tätigkeit und einzelne episodische Erlebnisse: Erfolge, bewältigte Schwierigkeiten, Pannen, geglückte Rückzugsgelände und Verrat. Aber in vielerlei Hinsicht weit weg von der Welt eines James Bond. Handlungsorte sind unter anderem Pullach, Bonn, Wien, Zürich, Stockholm, Santiago de Chile.

Agentengeschichten

Uns begegnen der Bundestagsabgeordnete Martin Bagemann, der SPD-Außenpolitiker Karsten Voigt, der „For eyes only“-Held Horst Hesse, der chilenische Sozialist Altamirano („Altamiranos Schleusung“) und andere Personen der Zeitgeschichte.

Von der Sache her stehen im Mittelpunkt die Aufklärung von Rüstungsvorhaben und Aggressionsplänen, interne politische

Aktivitäten und die Erkundung wissenschaftlich-technischer Objekte.

Zwei Beiträge sind der Beziehung von diplomatischer und geheimer nachrichtendienstlicher Tätigkeit gewidmet. Herbert Bertsch veranschaulicht die Feststellung von Markus Wolf, dass Informationen und Kontakte seines Dienstes „die Entspannungspolitik auf spezifische Weise unterstützt haben“.

Im Mittelpunkt steht dabei die Wiederaufnahme der Gespräche mit Bundeskanzler Brandt nach Erfurt und Kassel. Und Kurt Berliner, noch 1990 zum Botschafter ernannt, schildert seine Erlebnisse und Begegnungen als Resident der HVA in der DDR-Botschaft in Paris in den achtziger Jahren, wo er die Krise der DDR herankommen sah. Der letzte der Beiträge stimmt wegen seiner Aktualität sehr bedenklich. Er informiert über die enthüllten Pläne von USA-Präsident Reagan für einen ato-

maren Erstschlag und schließt mit dem Satz: „Man sollte nicht so naiv sein anzunehmen, dass dies von uns damals aufgeklärten Kriegskonzepten nach dem Untergang des Warschauer Paktes ins Archiv gekommen sind.“

• **GÜNTER LIPPOLD**

Gotthold Schramm: *Der Botschaftsflüchtling und andere Agentengeschichten. Mit einem Geleitwort von Markus Wolf und Werner Großmann. edition ost, Berlin 2006. 220 Seiten, 14,90 Euro*

KALENDERBLATT

Vor 30 Jahren verstorben

Gustav Heinemann

Gustav Heinemann – am 23. Juni 1899 geboren – entstammte einer freisinnig-liberalen und antiwihelminischen Familie. Nach seinem Jura-Studium wurde er 1926 in Essen als Rechtsanwalt zugelassen. In der NS-Zeit war er aktiv in der „Bekennenden Kirche“ tätig.

Nach dem Krieg gehörte er zu den Unterzeichnern der „Stuttgarter Schulderklärung“ der EKD, in der die Haltung der Kirche in der NS-Diktatur kritisch bewertet wurde. In der Folgezeit wurde Heinemann Oberbürgermeister in Essen, Justizminister in NRW und 1949 erster Bundesinnenminister. Doch bereits 1950 trat er wegen Adenauers Bereitschaft, ein deutsches Kontingent für ein militärisches Bündnis gegen den Osten bereitzustellen, als Innenminister zurück. Ebenso trat er 1952 aus der CDU aus.

Mit Gleichgesinnten gründete er in Opposition zu Adenauers Politik die *Gesamtdutsche Volkspartei* (GVP), die jedoch bei den Bundestagswahlen 1953 nur 1,2 Prozent der Stimmen gewinnen konnte. Enttäuscht und resigniert stimmte er 1957 der Auflösung der GVP zu und trat noch im selben Jahr der SPD bei.

Seine Anwaltskanzlei verteidigte nach dem Verbot der KPD im August 1956 zahlreiche Kommunisten. Im Prozess gegen den Gewerkschaftstheoretiker Viktor Agartz wegen „staatsgefährdender Agententätigkeit“ erwirkte Heinemann mit einem aufsehenerregenden Plädoyer einen Freispruch. Als Bundestagsabgeordneter der SPD rechnet er mit Regierungsplänen zur Atombewaffnung der Bundeswehr ab.

Heinemann engagierte sich als Justizminister der Großen Koalition (1966 – 1969) für eine Liberalisierung des aus dem Kalten Krieg stammenden politischen Strafrechts und für Reformen im Zivil- und Strafrecht. Erfolgreich setzte er sich für die politischen und juristischen Voraussetzungen einer legalen kommunistischen Partei ein, so dass es möglich wurde, 1968 die DKP zu gründen.

Am 5. März 1969 wurde Gustav Heinemann mit den Stimmen der SPD und der FDP zum Bundespräsidenten gewählt. In diesem Amt, das er bis 1974 ausübte, galt seine Aufmerksamkeit der Stärkung der Zivilcourage und des Bürgermuts, der Mitbestimmung und Mitgestaltung. 1976, kurz vor seinem Tode, übte er in einer Rede scharfe Kritik an dem durch den „Radikalen Erlass“ entstandenen innenpolitischen Klima. „Kritik, radikale Kritik bedarf des freien Marktes der Meinungen und Gegenmeinungen, um fruchtbar zu bleiben.“

Am 7. Juni 1976 verstarb Gustav Heinemann in Essen. Mit ihm verlor die Bundesrepublik eine ihrer bedeutendsten Persönlichkeiten der Nachkriegsgeschichte.

• **KURT SCHNEIDER**

Im Frühjahr 1946 übergab die SMA (Sowjetische Militär-Administration) die von ihr beschlagnahmten Betriebe in die Verfügungsgewalt der Länder- und Provinzverwaltungen. Damit lag die Entscheidung über deren Zukunft bei deutschen Organen. Diese trugen provisorischen Charakter und bedurften für eine solche Entscheidung einer demokratischen Legitimation.

Noch waren angesichts der furchtbaren Katastrophe, in die der vom Hitlerdeutschland ausgelöste zweite Weltkrieg auch das deutsche Volk gestürzt hat,

Von **HANS LAUTER**

Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit verbreitet. Wir Antifaschisten unterstützten den Ausweg aus dieser Katastrophe, wie er in den „Grundsätzen und Zielen“ der SED gewiesen wurde. Denn schon die Forderung: „Übergabe der Unternehmungen von Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände von Selbstverwaltungsorgane ...“ entsprach unserem Schwur von Buchenwald. Um ein solches Vorhaben demokratisch zu legitimieren, schlug der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien in Sachsen auf Initiative der SED die Durchführung eines Volksentscheides zur Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher vor. Die juristische Grundlage dafür waren entsprechende Artikel der Verfassung vom 11. August 1919 (Weimarer Verfassung).

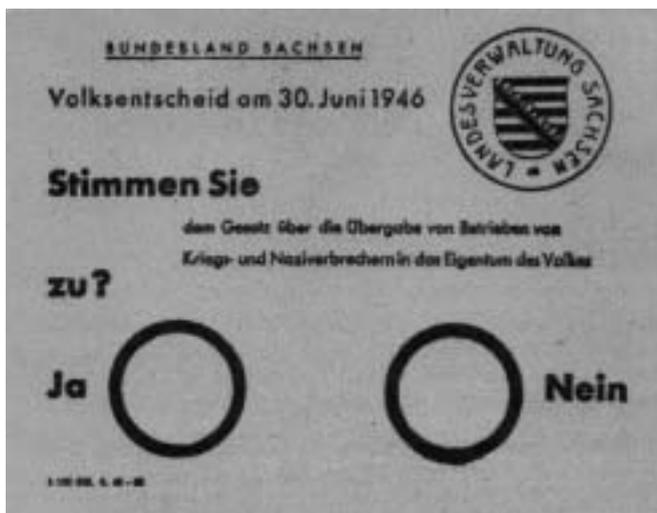
Dieser Vorschlag fand breite Zustimmung, zumal er vielfacher gewerkschaftlicher Forderungen entsprach. Außerdem war noch eine Gesellschaftsgeneration aktiv, die die Erfahrungen zweier Weltkriege verkörperte und schließlich auch von Deutschland aus eine friedliche Zukunft erstrebte.

Auch die beiden Landeskirchen befürworteten diesen Volksentscheid und forderten die Gläubigen beider Konfessionen auf, mit Ja zu stimmen.

Bei den vielen öffentlichen Diskussionen über den Volksentscheid waren wir Antifaschisten gefragte Gesprächspartner. Meist kam eine breite Palette von Problemen zur Sprache, die sich von Lebensmittelzuteilungen bis zum Potsdamer Abkommen erstreckten. Wir waren stets bemüht, Einzelfragen auf Ursachen und Hintergründe zurückzuführen, deren Quelle Hitlerfaschismus und Krieg waren.

In die Zustimmung zum Volksentscheid reihten sich auch ehemalige Mitglieder der Nazipartei ein. Diese erklärten öffentlich: „Wir haben viel gut zu machen ... Wir fordern alle früheren Mitglieder der NSDAP auf, mit uns ihre Zustimmung für den Volksentscheid zu geben.“

Doch 12 Jahre Hitlerfaschismus

Der Volksentscheid in Sachsen am 30. Juni 1946**Beispiel wirkte bis nach Hessen****Aber US-Generalgouverneur Clay verbot das Ergebnis einer demokratischen Volksbefragung**

hatten auch Folgen. In einzelnen Fällen wurden wir scharf damit konfrontiert.

In einem Gespräch mit Medizinern und deren Personal wurde mir vorgehalten, einer derjenigen zu sein, „die daran schuld sind, dass wir den Krieg verloren haben“. Das war mit dem Hinweis auf unsere rechtzeitige Warnung vor diesem Krieg und auf unser Bestreben, ihn, und damit seine Folgen zu verhindern, nicht schwer zu widerlegen.

Entsprechendes gilt für die Auseinandersetzung mit der Behauptung: „Wenn der Volksentscheid nicht durchkommt, müssen die Russen abziehen, darum sollte mit Nein gestimmt werden.“

Westliche Medien versuchten die deutschen Konzernherren, in deren Interesse dieser Krieg geführt wurde, mit der Behauptung zu entlasten, dass die Kriegsschuld allein bei Hitler und seiner nächsten Umgebung läge. Allein schon die Rede des Hauptanklägers im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess widerlegt diese Behauptung:

„Ohne die Zusammenarbeit der deutschen Industrie und der Nazipartei hätten Hitler und seine Parteigenossen niemals die Macht in Deutschland ergreifen und festigen können, und das Dritte Reich hätte nie gewagt, die Welt in einen Krieg zu stürzen.“

Als die Betreiber dieser Medien erkannten, dass die Zustimmung zum Volksentscheid in Sachsen nicht aufzuhalten war, änderten sie die Taktik. Jetzt erklärten sie, dass so tiefgreifende Veränderungen nur einheitlich und in allen Ländern durchgeführt werden könnten. Dafür müsse eine einheitliche, ganz Deutschland erfassende juristische Grundlage geschaffen werden, wofür auch die Zustimmung der westlichen

Alliierten eingeholt werden müsse. Damit sollte dieser Volksentscheid auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden, zumal die seinerzeitigen Machthaber die demokratische Herstellung der deutschen Einheit ablehnten.

Im August 1954 bestätigte der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer diese Konzeption im Gespräch mit dem französischen Hohen Kommissar Francois Ponset mit den Worten:

„Vergessen Sie bitte nicht, dass ich der einzige deutsche Kanzler bin, der die Einheit Europas der Einheit seines eigenen Vaterlandes vorzieht.“

Alle diese Versuche und Machenschaften sind gescheitert. Dank des Wirkens aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte hatten die Bestrebungen, auch in Deutschland die Ursache von Krieg und Faschismus zu beseitigen, durchschlagenden Erfolg. Beim Volksentscheid in Sachsen wurden am 30. Juni 1946 in geheimer Wahl abgestimmt – siehe Faksimile des Wahlscheins:

Für die Überführung dieser Betriebe in Volkseigentum stimmten	2 683 401 Wähler = 77,62 % der Wahlteilnehmer,
dagegen stimmten	571 000 Wähler = 15,56% der Wahlteilnehmer.
Ungültig waren	204 657 Stimmen = 5,8% der Wahlteilnehmer.

Daran beteiligten sich 3 459 058 Personen, das waren 93,71% aller Wahlberechtigten.

Damit dokumentierte die Bevölkerung Sachsens eindrucksvoll ihren Willen, mit der faschistischen Vergangenheit zu brechen und erklärte sich für einen antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau.

Nach diesem Beispiel von Sachsen erließen die Provinzial- und Landesverwaltungen der übrigen

Gebiete der sowjetisch besetzten Zone auf Antrag des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien Gesetze über die Enteignung der Kriegsschuldigen und Naziverbrecher und die Überführung dieser Betriebe in Volkseigentum.

Das Beispiel von Sachsen wirkte bis in die westlichen Besatzungszonen. In Hessen fand am 1. Dezember 1946 eine Volksbefragung über einen neuen Verfassungsentwurf statt, dessen Artikel 41 die Feststellung enthielt:

„Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden

1. in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohle, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen;

2. vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet die Großbanken und Versicherungsunternehmen ...“

Über den Verfassungsentwurf und Artikel 41 wurde getrennt abgestimmt. Für den Artikel 41 stimmten 71,9 %, für den Verfassungsentwurf 76,6 % der Wähler.

Das war ein gleiches demokratisch dokumentiertes Votum für den Bruch mit der faschistischen Vergangenheit und der Errichtung einer neuen Demokratie wie in Sachsen.

Doch der amerikanische Generalgouverneur Lucius D. Clay erklärte:

„Aber in einer Zeit, in der die USA so viel Geld aus eigener Tasche zahlen, um Deutschland zu unterstützen, haben sie das Recht, ihre Meinung zu sagen und Experimente nicht zuzulassen.“

Das war das faktische Verbot für die Anwendung des Artikels 41 dieses Verfassungsentwurfes.

Beide Ergebnisse beweisen, dass die Mehrzahl der Bevölkerung bereit war, die Urheber von Krieg und Faschismus zu entmachten und in Deutschland eine dauerhafte Friedensbasis zu schaffen. Leider hat sich die damit verbundene Hoffnung auf ein Leben in

Sicherheit und Menschenwürde nicht erfüllt.

Darum bleiben so humanistische Grundaufgaben des Antifaschismus, wie: für eine Welt des Friedens und der Freiheit zu kämpfen auf der Tagesordnung. Die Beachtung geschichtlicher Erfahrungen für künftige Generationen der antifaschistischen Menschenrechtsbewegung wird dabei von erheblicher Bedeutung sein.



Von
**KLAUS
HUHN**

Leser, hört die Signale: Wir haben in der LN-Redaktion keine deutschen Fahnen an der Fensterfront gehisst – auch weil wir ziemlich sicher waren, dass das unsere Leser nicht erwarten –, uns aber über jeden gelungenen Spielzug der deutschen Mannschaft gefreut und dabei des alten Sportratschlags erinnert: Der Bessere möge gewinnen. Dazu hatten wir gute Gründe, denn wer in der „Biografie“ der Spieler nicht nur den Profiklub sucht, in dessen Trikot sie gerade spielen, sondern auch einen Blick auf den Geburtsort wirft, stößt immerhin auf ein Quartett, dass das Fußballspielen in der DDR erlernte. Die Palette reicht vom Kapitän Michael Ballack, dessen Karriere bei der BSG „Fritz Heckert“ Karl-Marx-Stadt begann bis zu Robert Huth, der bei „Eisern Union“ seine Laufbahn startete.

Trotzdem: Fahnen schwenken, weil ein Ball in ein Tor befördert wurde – das ist nicht unser Stil. Hinzu kommt – und das habe ich schon das letzte Mal moniert –, dass wir damit nicht gerade in bester Gesellschaft wären. Diese Hurra-Trittbrettfahrer können einem auf die Nerven gehen.

Die Linke ließ durch ihren Pressesprecher im Bundestag mitteilen, dass Gregor Gysi falsch interpretiert worden sei, als die Agentur AFP über sein taz-Interview informierte. Sprecher Thalheim teilte mit: „Vor diesem Hintergrund bezeichnet Gregor Gysi in dem Interview das gestörte Verhältnis eines Teils der Linken zur Nation, die er aber nicht in seiner Partei beheimatet sieht, als einen Fehler. Eine Linke mit einem so gestörten Verhältnis zur Nation kann natürlich nie mehrheitsfähig werden.“

Ich selbst halte mich für einen Linken, wage aber zu bezweifeln, dass sich die Haltung zur Nation an der Hal-

tung zu deutschen Fußballsiegen ablesen lässt. Diese Zweifel wurden bestärkt, als ich erleben musste, wie andere ihre Fußball euphorie in die Politik transferierten. Zum Beispiel die Kanzlerin. Um nicht in den Verdacht „übler Nachrede“ zu geraten, zitiere ich die *Berliner Zeitung* vom 22. Juni (inklusive aller Druckfehler): „Angela Merkel will die Sache schnell hinter sich bringen. ... Es ist die Haushaltsdebatte de Bundestags, die traditionelle Stunde der Generalabrechnung der Opposition mit der Regierung ... Sie hat es erst einmal eilig damit, die versammelten Abgeordneten daran zu erinnern, dass Fußball-Weltmeisterschaft ist in Deutschland und dass die Stimmung im Lande dadurch großartig sei ... Wenn ich sehe, welches Potenzial an Begeisterung,

Sportkolumne

Wer die Sieger sind

an Fröhlichkeit in diesem Lande steckt, wird mir nicht bange dass dieses Land die Herausforderungen meistern, vor denen wir stehen“, sagt Merkel.“

Luftholen muss erlaubt sein. Der Bundestag erörtert die fatale Haushaltssituation der Bundesrepublik Deutschland und glaubt das „Potenzial an Begeisterung und Fröhlichkeit“ auf den Fußballrängen für seine Sparmaßnahmen ins Feld führen zu dürfen. Die Mehrwertsteuer wird erhöht, aber Merkel setzt darauf, dass, wer so jubeln kann, auch diese „Herausforderung meistert“. Wo leben wir eigentlich? Am gleichen Tag vermeldet ein Versicherungskonzern Milliarden Gewinne und kündigt 7500 Entlassungen an. Vermutlich glaubte er, die Gelegenheit sei günstig, weil die Betroffenen gerade auf einer Fanmeile jauchzen.

Dass dieser antinationale Missbrauch sportlicher Begeisterung bei blankem Zynismus enden kann, demonstrierte die *Süddeutsche Zeitung* (22. 6. 2006). Sie

entdeckte Patriotismus und Liebe zur Nation sogar unter den Brücken von München: „Sie wohnen unter der Brücke und leben vom ‚Sozi-Geld‘ – aber die Obdachlosen halten zu Deutschland. Mit dem Anpfiff kommt der Wind. Er faucht durch den Brückenbogen, zerwühlt den Abfallhaufen ... Bis jetzt war es ein so schöner Tag ... unter der Wittelsbacher Brücke, dem Stammsitz der Münchner Obdachlosen ... Kein Wind, keine Polizei, nur Sonne und die Aussicht, dass das Spiel Deutschland gegen Ecuador für 90 Minuten die Langeweile vertreiben würde. Der Wind singt, der Fernseher auch und sie erheben sich zur Nationalhymne, sieben Obdachlose ... Sie halten zu Deutschland. Ausgerechnet Andy, Angie und Indie, denen das Land im Moment wenig mehr bietet als einen Platz unter der Brücke und Hartz-IV-Regelung. ‚Wir sind zwar unten‘, sagt Indie, ‚aber wir wollen einfach auch dabei sein.‘ ... ‚Wir haben oft genug vom Staat auf den Sack bekommen‘, sagte Indie, ‚aber wir stehen hier trotzdem für Deutschland, weil wir hier geboren sind, weil das unser Vaterland ist‘ ... Nachher ... als Deutschland mit 3:0 gewonnen hat ... schnappt sich (Indie) eine Deutschlandfahne, schwenkt sie ein paar Mal unter dem Brückenbogen...“

Sind da noch Fragen? Hätte jemand zu monieren, dass unter den Isar-Brücken die Haltung gegenüber der Nation zu bemängeln wäre? Und auch die Frage sei erlaubt: Wurde je in der DDR Sport so hemmungslos politisch missbraucht? Was wiegt die Leipziger Osttribüne mit ihren politischen Losungen gegenüber solcher Häme? Die Kanzlerin streicht Mittel für die Kranken – und beruft sich auf die Fußballbegeisterung. Konzerne streichen Arbeitsplätze – im Schatten des Fußballtrubels. Und Medien feiern die Ärmsten der Armen, weil sie eine Fahne schwenken. Deutschland, armes Vaterland.

Auch wenn die Bälle traumhaft fliegen.

Es darf allerdings auch nicht zu oft von Armut geredet werden. Die Firma Thomson Media Control in Baden-Baden ermittelte: Franz Beckenbauer ist „Werbekönig“ im Fernsehen. 20 Millionen Euro brutto gaben die werbetreibenden Unternehmen Adidas, O2, Postbank und Erdinger für Werbeeinblendungen mit ihm aus. Auf den Plätzen folgen Rudi Völler mit 9,7 Millionen und Jürgen Klinsmann mit 6,8 Millionen. Nun kennen Sie die Sieger!

Anzeige



JETZT AM KIOSK

ODER BEQUEM IM PROBEABO

01805 / 917 917

[0,12 €/min]

www.melodieundrhythmus.com

Jetzt
NEU!!

Merkel und Chinas Opposition

Da waren im Vorfeld des Chinabesuches einige Kampfjournalisten deutscher Abstammung ganz aus dem Häuschen. Unsere Kanzlerin wird es den Rot-Chinesen in Sachen Menschenrechte richtig stecken. Und die Opposition dort stärkend und klarlegend, wie Politik richtig gemacht wird. Ob aber die Beglückten ein so schlechtes Gedächtnis haben? Stichworte: Boxeraufstand, Herero-Aufstand, zwei Weltkriege, Judenausrottung, ein halbes Dutzend Inlandkrisen einschließlich Berufsverbote und Strafrenten, derzeit führendes Arbeitsplatzbeseitigungsland mit sozialer Degradierung ganzer Regionen.

Die Chinesen werden geschwiegen und höflich gelächelt – und vielleicht hinter den Türen auch laut gelacht haben, als sie sich informierten, welche Opposition Frau Merkel bei USA-Besuchen stärkt. Etwa die KP oder andere Bushkriegskritiker, wenigstens die Führung der Bürgerrechtsbewegung „Solidarität“?

Und wie steht es mit Kontakten zur deutschen Opposition? Wann war ein Vier- oder Sechs-Augengespräch mit der Linkspartei auf dem Terminkalender? Was steht dort bezüglich der Hilfsorganisation „Cuba si“ und über die Auswirkungen von Handelsstopp und Blockadepolitik für das Inselvolk? Wo und wann fanden Gespräche mit deutschen Mittelstandsvertretern und mit Hartz-IV-Geschädigten, mit Leitern von Arbeitslosenzentren, Widerspruchstellen oder wenigstens kirchlichen Sozialdiensten statt? Da existieren nur weiße Flecken, sonst hätten wir längst laute Geräusche vernommen. Wenn Frau Merkel derart selektiv vorgeht, ausländische Regierungsgegner warm anleuchtet, inländische Kritiker aber voll ignoriert, darf man sie dann Königin der Scheinheiligen nennen? Zeit, dass sich deutsche Politiker mit dem Schmutz vor ihrer eigenen Haustür befassen. **J. SPITZNER, LEIPZIG**

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeynungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die Redaktion

Die Reaktionen auf den 120. Geburtstag Ernst Thälmanns stimmen mich nachdenklich. Wie bei anderen Debatten entsteht der Eindruck, dass Erkenntnisse, die in den neunziger Jahren gewonnen wurden, erneut zur Disposition gestellt werden.

Es ist nicht der Platz, dies erschöpfend darzustellen. Deshalb möchte ich pars pro toto ein Beispiel herausgreifen: Die Reichspräsidentenwahl 1932. Immer wieder wird einer kritischen Sicht auf Ernst Thälmann, die seine Verdienste und vor allem seine Standhaftigkeit im faschistischen Kerker ausdrücklich würdigt, entgegengehalten, Thälmann habe weitsichtig vor Hindenburg, Hitler und dem Krieg gewarnt. Zweifellos: diese Orientierung war richtig und gut.

Die tiefe Kluft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten wurde im Frühjahr 1932 mit der Neuwahl des Reichspräsidenten noch schwerer überwindbar als vordem. Durch ihre Tolerierungspolitik hatte sich die SPD in eine Situation hineinmanövriert, in der sie ohne einen Bruch mit ihrer bisherigen Linie nur für das „kleinere Übel“ Hindenburg votieren konnte, um das größere Übel Hitler zu verhindern.

Andere Optionen, die einen sozialdemokratischen wie einen kommunistischen Kandidaten ausschlossen, jedoch neben bürgerlich-liberalen der Wählerstimmen von SPD und KPD bedurft hätten, wurden ausgeschlossen. Die Position der KPD lud allerdings zu solchen Überlegungen nicht eben ein.

Das Wahlergebnis vom 10. April, dem zweiten Wahlgang, wies aus, dass der Weg der KPD immer weiter in die politische Isolation führte. Der Rückgang der Wählerstimmen für Ernst Thälmann von 4,983 Millionen auf 3,7 Millionen im zweiten Wahlgang erwies ein weiteres Mal, dass kommunistische Politik, die sich in hohem Maße im Ringen mit der Sozialdemokratie um die Dominanz in der Arbeiterbewegung erschöpfte, nicht nur grundsätzlich falsch war, sondern auch auf Kosten der KPD ging. Die verhängnisvolle Verknüpfung des Kampfes gegen den Faschismus mit dem Kampf gegen den Kapitalismus insgesamt, die Unfähigkeit der KPD-Führung, innerhalb der

„Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler; wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“

Eine Nachbetrachtung zum 120. Geburtstag von Ernst Thälmann

nichtproletarischen Klassen und Schichten zu differenzieren und die irriige Hoffnung, dass durch eine „Verschärfung“ des Kampfes gegen die Sozialdemokratie die Mehrheit der von dieser beeinflussten Massen zum Übertritt zur KPD veranlasst werden könnte, bildeten seitens der KPD das Haupthindernis für einen wirklichen Durchbruch zur antifaschistischen Einheit.

Eine kritische Analyse dieser Politik, die natürlich die Kenntnis des weiteren Weges in die Katastrophe nicht ausklammern kann, sieht sich immer wieder mit dem Vorwurf der postmortalen Besserwisseri, der rückblickenden Überforderung der antifaschistischen Akteure, ausgesetzt.

Ein solcher Vorwurf ist ernst zu nehmen. Der Historiker muss gewissenhaft der Frage nachgehen: was konnten die damals Handelnden und Kämpfenden wissen, aber auch: welche Erkenntnisse sind mit dem Wissen um die weitere Entwicklung aus vergangenen historischen Abläufen zu gewinnen.

Ein Blick in die Quellen fördert auch hier Bemerkenswertes zu Tage.

Kritische Köpfe wie der Kreis linksliberaler Demokraten um „Die Weltbühne“, insbesondere Carl von Ossietzky, erfassten das Dilemma, in das sich beide großen Arbeiterparteien hineinmanövriert hatten, scharfsinnig.

Nach einer vernichtenden Kritik an der sozialdemokratischen Politik des „kleineren Übels“ stellte Ossietzky fest: „Natürlich hat die kommunistische Zentrale sofort in der allerunmöglichsten Weise reagiert: sie hat ohne die Befragung irgendeiner Parteiinstanz augenblicklich Thälmann nominiert und damit alle Diskussionen über gemeinsames Vorgehen kurzerhand abgeschnitten. Die kommunistische Zentrale wird sich wahrscheinlich einbilden, ganz besonders schlagfertig gehandelt zu haben, in Wahrheit hat sie die Arbeiterklasse nur tiefer gespalten. Thälmann ist für Sozialdemokraten eben-

so wenig tragbar wie etwa Severing für Kommunisten, um nur ein Beispiel zu nennen. Arbeiterkandidat kann kein Parteihaupt sein, keiner, der in den tausend Handgemengen des Bruderkrieges abgestempelt ist, sondern nur eine Persönlichkeit, die in beiden Lagern genügend geachtet wird. Die K.P.D. setzt ihre lärmende Untätigkeit fort und verhindert damit ernsthafte Aktionen ebenso wie die S.P.D. mit ihrem Opportunismus.“

Besonders für den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl wurden aus linksliberalen Kreisen, aber auch von Kleinparteien und Gruppierungen der Arbeiterbewegung außerhalb der beiden Großparteien solche unabhängigen Persönlichkeiten zur Diskussion gestellt. Eine von ihnen war Heinrich Mann.

Der Kurs, der von Ernst Thälmann repräsentierten „Generallinie“ war also nicht alternativlos. Besonders die KPD (Opposition) hatte frühzeitig andere Pfade im Kampf gegen den Faschismus erkundet.

Der heldenhafte Kampf des Kommunismus gegen den zur Macht drängenden Hitlerfaschismus bleibt unvergessener Bestandteil linken historischen Selbstverständnisses. Um der Zukunft willen ist jedoch einzugestehen, dass die KPD trotz des heroischen Einsatzes Zehntausender ihrer Mitglieder im Kampf gegen den Faschismus nicht alles getan hatte, dieses Regime zu verhindern.

Die KPD bedurfte noch eines halben Jahrzehnts, und vor allem der Erfahrungen mit dem Hitlerfaschismus an der Macht, um in der Zusammenarbeit mit Intellektuellen wie Heinrich Mann im Lutetia-Kreis zur Vorbereitung einer deutschen antifaschistischen Volksfront einen Weg zu erkennen, der die Kommunisten aus der Isolierung zu führen vermochte.

Aber das ist ein weiteres Kapitel im schwierigen und widerspruchsvollen Ringen der KPD mit dem Hitlerfaschismus.

KLAUS KINNER, LEIPZIG

Wanderungen durch Neufünfland

EINER AUS UNSERER RUNDE, erinnerte sich, dass Skiolympiasieger Recknagel als Tierarzt mal einen Wursttest mit den beim Skispringen früher üblichen Notentafeln eingeführt hatte. Also: Mettwurst? 6,0 - 5,9 - 6,0. Da hatte es hinterher die Blutwurst schwer, sich durchzusetzen. Unser Kumpel war darauf gekommen, weil sie uns in Wismar erzählten, dass dort der Zehnkampfolympiasieger Christian Schenk einen Unternehmensgründer-Zehnkampf inszeniert hatte. Um das für den Leser in die Reihe zu bringen, muss die Vorgeschichte erzählt werden: In Mecklenburg-Vorpommern existiert ein Gründungsmanagement mit dem der Gegend Rechnung tragenden Titel „Leinen los“ und einer – so die Projektleiterin – „Gallionsfigur“. Das ist Christian Schenk, der 1988 in Seoul olympisches Zehnkampfgold für die DDR errungen hatte und jetzt eine erfolgreiche Sportagentur betreibt. Und nun war „Leinen los“ auf die kuriose Idee gekommen, Firmengründern einen Berater-Zehnkampf zu offerieren.

Bush könnte wenigstens spenden

Der Begriff Speerwurf diente der Gründungsidee und dem Marktpotential und der Weitsprung der Weiterbildung. Schenk wurde befragt, was man für den Erfolg benötigt und antwortete: „Ausdauer, die Bereitschaft, mehr zu tun als notwendig und Selbstbewusstsein.“ So erzählte man es uns jedenfalls. Vermute mal, dass auch Geld vonnöten sein dürfte.

STRALSUND KÖNNTE BUSH eine Petition überreichen, er solle zur Erinnerung an seinen nicht so gern gesehenen Besuch, einen Scheck hinterlassen, mit dem man eben aufgetauchte Löcher stopfen und dann Bush sogar rühmen könnte. Die Stadt hegt schon lange die Hoffnung auf eine Stadthalle, aber nachdem ihr die Landesregierung die Mittel gekürzt hatte, wurden die Pläne erst mal zu den Akten gelegt. Und das obwohl die CDU, also die Partei, die die Kanzlerin in den Bundestag gewählt hatte, dagegen war. In diesem Fall war die Opposition stärker. Allerdings sollen sich nicht alle CDU-Abgeordneten über die Maßen engagiert haben. Von Waltraud Lewing erzählte

man uns zum Beispiel, dass sie gefragt hatte, warum sie im Stralsunder Stadtparlament sitze, wenn die Entscheidungen sowieso in Schwerin getroffen werden. Der SPD-Abgeordnete Pagels soll sogar von einem „vormundschaftlichen Staat“ geredet haben. Das könnte ihm angekreidet werden. Und empört war man auch, dass vielleicht sogar dem einheimischen Theater die Mittel gekürzt werden. Das sei immerhin, versicherten uns Stralsunder der letzte Werbeträger der Stadt. Aber dass jemand empfohlen hätte, Bush um einen Scheck zu bitten, hörten wir nirgends. Immerhin, dann wäre doch wenigstens ein Argument für seinen Besuch ins Feld zu führen gewesen.

UND WEIL WIR VON BESUCH reden, wollen wir noch einen erwähnen, der uns mehr als erwähnenswert erschien. Nach Ribnitz-Damgarten hatten sie zwei slowenische Frauen eingeladen, die einst hier als KZ-Häftlinge das Ende des Krieges erlebt hatten. Nach 61 Jahren kehrten sie nun dahin zurück, wo ihr Todesmarsch ein Ende gefunden hatte. Marta

Vulic erinnerte sich noch genau an den Tag: „Ich habe mich einfach auf den Bürgersteig gelegt und bin eingeschlafen.“

Ein französischer Zwangsarbeiter weckte mich und brachte mich in das Sammellager.“ Ribnitzer bedankten sich bei den beiden, dass sie trotz der Leiden von damals noch einmal wiedergekommen waren.

ALS WIR AUF DEM WEG zur Nordspitze Rügens waren, kamen wir an Mukran, dem Fährhafen vorüber und dort erzählte man uns in einer Schenke, dass die Polizei einen Jaguar gefangen habe. Nein, keinen vierbeinigen, sondern einen vierrädrigen. Ein Luxusauto also. Das muss jemand in Deutschland gekauft und sich das Geld für die Nobelkarosse bei einer Bank geliehen haben. Über Nacht soll der Wagen dann verschwunden sein, wurde aber wieder entdeckt, als er in Mukran auf ein Schiff rollen wollte. Also wurden er und seine Chauffeure erst mal festgenommen und dann die Suche nach dem windigen Käufer gestartet. Woraus zu lernen wäre: Auch an schönen Stränden badet Böses.

• KLAUS HUHN

Rosa Luxemburg

☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Montag, 3. Juli, 17 Uhr, Chemnitz
 Vortrag und Diskussion: *Und morgen war Krieg. Wladimir Gall, Moskau, erinnert sich an den 65. Jahrestag des faschistisch-deutschen Überfalls auf seine Heimat.*
 Rothaus e. V., Lohstr. 2

7.-9. Juli, Freitag bis Sonntag, Stadtroda
 Workshop des Rohrbacher Kreises der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen *New York*. In Zusammenarbeit mit BdWi und Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS im Sächsischen Landtag. Begrenzte Teilnehmerzahl (25), Anmeldung erforderlich. Kosten (Übernachtung und Vollverpflegung): 70 Euro. Information und Anmeldung: <http://www.opentheory.org/mtb-snw>. ***
 Jugendbildungsstätte Hütten, Zeitgrund 6

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

Unsere Genossin
Luise Behr
beginnt am 26. Juni
ihren 75. Geburtstag.

Wir gratulieren herzlichst und wünschen dir, liebe Luise, für das neue Lebensjahr alles erdenklich Gute.

Deine Linkspartei.PDS-Basisgruppe Löbnig II

Theatrium

Leipzig, Militzter Allee 52

1. 7., 20 Uhr: Der Prinz von Abessinien, – ab 14 Jahre
8., 9., 15. und 16. 7., 16 Uhr: Prinz KleinWeißnicht. Kindertheaterprojekt – ab 7 Jahre

SZM

Stadtteilzentrum Messemagisträle
 Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

1. 7., 14–20 Uhr: 15 Jahre Bürgerverein Messemagisträle – wir feiern groß mit unseren Gästen.
6. 7., 15 Uhr: Offenes Café zum Thema: *Hausnotruf* – wichtig im Alter und bei Krankheit.

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im Juli neu bei uns:

Jürgen Roth: Der Deutschland Clan. Das skrupellose Netzwerk aus Politikern, Top-Managern und Justiz. Eichborn, 19,90 Euro

Hans-Hermann Hertle, Stefan Wolle: Damals in der DDR. Der Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat. Goldmann Taschenbücher Bd. 15383. Goldmann, 9,95 Euro

Links oder lahm? Die neue Partei zwischen Auftrag und Anpassung. Hrsg. v. Ulrich Maurer und Hans Modrow. Das Neue Berlin, 12,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
 ☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage
 04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum
 04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center
 04357 Mockauer Str. 123

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
 FSD PhR Friedrich Roßner
 Fachapotheker für
 Allgemeinpharmazie
 Karlsruher Straße 54
 04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
 Arzneimittel-Information
 Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
 Büro / Apothekenleiter

Von Elchsalami und Linsenreis

Am Samstag, den 15. Juli 2006, ab 14 Uhr
 veranstaltet die
Gesellschaft für Völkerverständigung e.V.
 in der Parkanlage direkt am Connewitzer Kreuz
 ihr **Multikulturelles Straßenfest**.

Auch Vereinen, Gruppen und Initiativen der Stadt bieten wir ein Forum zur Präsentation ihrer Arbeit. Einige Gewerbetreibende werden Waren aus aller Welt anbieten. Neben kulinarischen Genüssen wie Elchsalami, Waffeln und Linsenreis gibt es viele Informationen und ein tolles multikulturelles Programm.

Nicht weinen, dass Du gegangen - danken, dass Du gewesen.



Genosse Oberstleutnant der NVA
OMR Dr. med. Rolf Gläsel

geb. 15.06.1926 gest. 22.06.2006

In Liebe und großer Trauer:
Lutz und Jura im Namen
 aller Angehörigen und Freunde

Die Urnenbeisetzung findet am Montag, dem 17. Juli 2006,
 10 Uhr, auf dem Friedhof Wiederitzsch statt.



Nix gegen literarisch interessierte Katzen. Aber wir brauchen Mäuse!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
 Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860
 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein **Geschenkabonnement** ist)

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündigt.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

- Studierendenabo** (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Probeabo** (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

